

Die Veröffentlichung der nachfolgenden Artikel erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Deutschen Verlagsanstalt GmbH, Stuttgart.
Die Aufsätze Achminow, „Die Oberschicht in der Sowjet-Union“ und Mehrert, „Die Rolle der Intelligenzia in Südasien“ wurden der Zeitschrift „OSTEUROPA“ (Heft 4 und 5/1953), der Aufsatz v. Borch, „Friede in Südasien?“ der Zeitschrift „AUSSENPOLITIK“ (Heft 10/1953) entnommen.

HERMANN ACHMINOW

Die Oberschicht in der Sowjetunion

Wenn sich das westliche Ausland mit den inneren Vorgängen in der Sowjetunion befaßt, neigt es dazu, sich weniger mit der Soziologie des Volkes als mit der „Intrigologie“ des Kreml zu befassen. Gewiß, man darf die persönlichen Rivalitäten in den höchsten Kreisen des Sowjetstaates nicht außer acht lassen, aber der Schwerpunkt muß bei der Untersuchung der politischen und sozialen Probleme liegen. Das hat auch den Vorteil, daß wir die politische, soziale und wirtschaftliche Situation in der UdSSR genauer untersuchen können als die persönlichen Beziehungen einzelner Führer. Die politischen Probleme sind auch beständiger als die persönlichen Freundschaften oder Feindschaften, und ihre Kenntnis bietet infolgedessen eine bedeutend sicherere Grundlage für das Verhalten des Westens der Sowjetunion gegenüber als selbst die beste Kenntnis der Intrigenkämpfe im Kreml.

Eigentlich sollten diese Gedankengänge als Selbstverständlichkeit gelten. Doch erstens wird im Westen die Bedeutung der Personalveränderungen in der Regel stark überschätzt. Und zweitens verbirgt sich hinter der Frage, ob Soziologie oder — wenn man sich so ausdrücken darf — Intrigologie ein grundsätzliches Problem: kann der Westen in absehbarer geschichtlicher Zeit — also im Laufe der nächsten zehn bis zwanzig Jahre — mit ernststen innenpolitischen Auseinandersetzungen in Rußland rechnen, oder muß er die Existenz der kommunistischen Diktatur als bleibenden Zustand ansehen? Wenn wir von der Voraussetzung ausgehen, daß das Schicksal dieses riesigen Reiches ausschließlich durch das Ränkespiel eines Häufleins von Spitzenfunktionären entschieden wird, dann ist nur die zweite Antwort denkbar. Geht man dagegen davon aus, daß in allen Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Führern letzten Endes die großen sozialen und politischen Auseinandersetzungen ihren Ausdruck finden, daß es sich hier um Konflikte handelt, die bis ins letzte russische Dorf hineingreifen, dann sieht die Frage nach der Stabilität der Sowjetmacht ganz anders aus.

DIE WICHTIGSTE AUFGABE

Die wichtigste Aufgabe der Sowjetregierung überhaupt und besonders nach dem Tod Stalins ist die Aufrechterhaltung der kommunistischen Diktatur, die Aufrechterhaltung einer gesellschaftlichen Ordnung, die auf dem Prinzip der totalen Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln oder, was dasselbe ist, der Zusammenfassung aller Produktionsmittel in den Händen des Staates beruht. Kann diese Gesellschaftsordnung auf die Dauer erhalten bleiben?

Auf den ersten Blick mag die Frage unbegründet erscheinen — wir haben bis heute keine Anzeichen ernster innerer Unruhen in der Sowjetunion, wenn man über die „normal“ erscheinenden Säuberungsaktionen hinwegsieht. Und doch hat selbst Stalin die Wiederherstellung des Kapitalismus in Rußland für möglich, ja für unausbleiblich erklärt, falls es versäumt würde, einige bestimmte Maßnahmen zu

treffen, oder falls einige von ihm abgelehnte Maßnahmen trotzdem durchgeführt würden. In seinem Brief an die Professoren Sanina und Wensher vom 28. September 1952 kritisiert Stalin deren Vorschlag, die in den Maschinen- und Traktorenstationen zusammengefaßten landwirtschaftlichen Maschinen an die Kolchose zu verkaufen und schreibt:

Nehmen wir einen Augenblick an, daß wir den Vorschlag der Genossen Sanina und Wensher akzeptiert hätten . . . Daraus würde sich ergeben, daß erstens die Kollektivwirtschaften Eigentümer der Hauptproduktionsinstrumente würden, das heißt, sie würden eine Sonderstellung einnehmen, wie sie kein einziger Betrieb in unserem Lande einnimmt . . . Daraus würde sich zweitens eine Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warenzirkulation ergeben, denn ungeheure Mengen von Produktionsinstrumenten der Landwirtschaft würden in die Bahn der Warenzirkulation geraten . . . Der Hauptfehler der Genossen Sanina und Wensher besteht darin, daß sie . . . nicht begreifen, daß die Warenzirkulation mit der Perspektive des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus unvereinbar ist . . .

In der Kritik an der „Wirtschaftskommune“ Dührings, die unter den Bedingungen der Warenzirkulation wirkt, wies Engels in seinem „Antidühring“ überzeugend nach, daß das Vorhandensein der Warenzirkulation der sogenannten Wirtschaftskommunen Dührings unweigerlich zur Wiedergeburt des Kapitalismus führen müsse . . . So steht es mit dem Vorschlag und den Argumenten der Genossen Sanina und Wensher.“ (Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, 1952.)

Offensichtlich hielt Stalin das Entstehen des Kapitalismus und also auch den Sturz der kommunistischen Diktatur nicht für ausgeschlossen. Seine Befürchtungen sind nicht unbegründet. Augenblicklich gibt es in der Sowjetunion etwa 98 000 Kolchose; hätte man den Vorschlag von Sanina und Wensher angenommen, so würden die Kolchose binnen kurzer Zeit eine solche wirtschaftliche Macht darstellen, daß sich ihren Interessen sowohl die Partei als auch der Staat einfach beugen müßten. Diese Interessen aber würden dem Programm der KPdSU kaum entsprechen.

Doch ist das nicht der einzige Ansatzpunkt für das Entstehen des Kapitalismus in Rußland. Die sowjetischen Zeitungen selbst bieten eine Fülle von Beispielen des „heimlichen Kapitalismus“, der sich in die unzähligen Risse der Sowjetwirtschaft eingenistet hat. Da die sowjetische Staatsmaschine einfach außerstande ist, sämtliche wirtschaftlichen Probleme zu lösen, oder auch nur eine durchgreifende Kontrolle des Wirtschaftsganges zu gewährleisten, ist der heimliche Kapitalismus beinahe zu einem untrennbaren Bestandteil des Sowjetsystem geworden. Ein Beispiel:

Zum Direktor der städtischen Brennstoffverwaltung in Jaroslawl kam ein beleibter, Herr . . . Auf seiner Weste baumelte eine schwere Goldkette mit Brillantanhängsel . . .

Ich bin ein gebürtiger Jaroslawler, ein wirklicher Patriot meiner Heimatstadt. Es ist mir bekannt, daß die Erfüllung des Planes der Brennstoffversorgung in Frage gestellt ist. Meine lieben Mitbürger werden in diesem Winter ohne Brennstoff sein . . .

Verzeihung, wer sind Sie?

Pribytkow! — verkündete der Gast. Ich bin ein Brigadier, oder wenn Sie wollen, ein Bevollmächtigter der Initiativgruppe für Flößbezugsanstellung. Und ich bin aus guten Gründen zu Ihnen gekommen, Ihnen und der Stadt

zu helfen. 50 000 auf den Tisch — und die Flöße werden hier sein. Sie brauchen sich um nichts zu kümmern, weder um die Bezugsscheine, noch um Arbeitskräfte oder Transport . . .

Viele zehntausend Kubikmeter Brenn- und Bauholz brachte dieser tüchtige Unternehmer nach Jaroslawl. Nach den bescheidensten Berechnungen erreichte der Gewinn Pribytkows eine Viertelmillion pro Saison . . . Pribytkow ist eine weite russische Seele. Seine Energie reichte bei weitem über den Rahmen einer einzelnen Stadt hinaus. Die von ihm zusammengestellten Flöße schwammen über die obere Wolga, gingen nach Schtscherbakow, nach Gorkij, erreichten Moskau. (Iswestija 10. 12. 52.)

Man kann eine fast unbegrenzte Zahl solcher Beispiele anführen. Sie werden in der sowjetischen Presse natürlich jeweils als vereinzelt Fälle dargestellt; aber sie zeigen, daß Stalins Befürchtung nicht unbegründet ist: es liegt auf der Hand, daß jede Lockerung der Kontrolle z. B. in Form eines „milden Kurses“ ein Aufblühen dieser Erscheinungen hervorrufen würde. Und es wäre unter Umständen fraglich, ob man sie wieder in die „kommunistische Bahn“ bringen könnte.

GRENZEN TAKTISCHER MOGLICHKEITEN

Daß privatkapitalistische Bestrebungen in der Sowjetunion bestehen, unterliegt keinem Zweifel. Doch kann man über die Frage, ob diese Erscheinungen ein ernstes innenpolitisches Problem für die Regierung darstellen, geteilter Meinung sein. Solche Pribytkows existierten ja auch vor der Revolution, in der Periode der NEP und später. Trotzdem hat die Sowjetregierung in ihrem Bestreben, das Programm der vollständigen Aufhebung des Privateigentums zu verwirklichen, bis jetzt keine ernststen Rückschläge erlitten.

Das ist richtig. Es hat Pribytkows gegeben vor 35 und vor 15 Jahren, wie es sie auch heute gibt. Und man kann daraus die vielleicht wichtigste Bilanz der 36jährigen Herrschaft des Bolschewismus in Rußland ziehen: der Versuch der Kommunisten, einen neuen Menschentyp zu schaffen, den Typ des Menschen, bei dem das Gemeinschaftsbewußtsein und nicht das individualistische Bewußtsein ausschlaggebend sein sollte, ist gescheitert. Mehr noch — es liegen nicht die geringsten Anzeichen dafür vor, daß dieses Bewußtsein je entstehen wird.

Die Überzeugung, daß der Mensch nie etwas im Namen des Kollektivs macht und nur dann etwas leistet, wenn er davon persönlich einen Vorteil hat, geht wie ein roter Faden durch alle Maßnahmen, durch die ganze Haltung der Sowjetregierung. (In den Propagandaschriften wird das freilich anders dargestellt.) Diese Überzeugung kommt zum Ausdruck im Prämiensystem, wonach das Einkommen des Leiters eines Unternehmens im direkten Verhältnis zu der Leistung seines Betriebes steht; im System der Tagewerke in den Kolchosen, wo das Einkommen des einzelnen Bauern von seiner persönlichen Leistung und der seiner Kolchose abhängig ist; im Akkordsystem bei der Bezahlung der Arbeiter; in der Verordnung des Präsidiums des Obersten Rates der UdSSR vom 24. April 1948, wonach der Sekretär eines Bezirkskomitees der KPdSU mit dem Titel „Held der sozialistischen Arbeit“ ausgezeichnet werden kann, wenn sein Bezirk das Soll um einen bestimmten Prozentsatz überschreitet.

Es gab einmal eine Zeit, da Lenin schrieb:

Die kommunistische Arbeit im engen und strengen Sinne des Wortes ist eine unentgeltliche Arbeit zugunsten der Gesellschaft, eine Arbeit, die nicht . . . um der Erhaltung des Rechtes auf gewisse Erzeugnisse willen geschieht . . . sondern eine freiwillige Arbeit . . . aus der Gewohnheit, für das Gesamtwohl zu arbeiten, aus der bewußten (zur Gewohnheit gewordenen) Einstellung zur Notwendigkeit, für das Gesamtwohl zu arbeiten. (Lenin, Band 25, S. 151, russisch.)

Da die Erziehung zu dieser Haltung ohne Erfolg geblieben ist, kann die Wiedereinführung des Privateigentums nicht als ausgeschlossen bezeichnet werden. Zwischen Pribytkow und Malenkow besteht kein grundsätzlicher Unterschied — nur sehen sie ihren persönlichen Vorteil in verschiedenen Formen der Verteilung der Produkte bzw. der Verfügung über die Produktionsmittel.

Das ganze „Geheimnis“ des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft in Rußland besteht darin, daß sich in diesem Lande in der Periode von 1917 bis heute immer genügend starke Gruppen von Menschen fanden, die in einer begrenzten Aufhebung des Privateigentums ihren persönlichen Vorteil sahen. Im Bürgerkrieg war für die Bauern die Aufhebung des Privateigentums der Gutsbesitzer am Boden vorteilhaft, weil sie durch die Aufteilung der großen Ländereien ihr

Privateigentum zu vergrößern hofften. Für die Menschen, die im Banne der Industrialisierung Fabriken und somit ihre Stellungen aufbauten, war die Aufhebung des Privateigentums ebenfalls vorteilhaft, weil sie ja keine eigenen Mittel für den Aufbau der Fabriken und somit ihrer Stellungen hatten. Diese Mittel wiederum waren nur auf dem Wege über die Enteignung der Bauern erhältlich.

Hier zeichnen sich jedoch bereits die Grenzen des Kommunismus in Rußland ab. Wenn seine Grundeigenschaft die Ausnützung des Dranges zur persönlichen Bereicherung durch die Konzentration des Eigentums in den Händen des Staates ist, so muß ein Augenblick eintreten, da die Menschen nicht im Staats-, sondern im persönlichen Eigentum ihren Vorteil sehen. Das Gleichgewichtsprinzip hat in der Sowjetunion und überall sonst lediglich den Sinn der Gleichheit der Aufstiegsmöglichkeiten, und es wird in dem Augenblick ein Hindernis für seine Träger, wenn die Auslese und der Aufstieg der Sieger bereits erfolgt ist. Wir wissen, daß die Aufhebung des Privateigentums nur möglich war, weil sie die Bereicherung, den Aufstieg einer bedeutenden Anzahl von Menschen bedeutete. Wenn wir also feststellen wollen, wieviel innere Stabilität wir der kommunistischen Diktatur in der Sowjetunion noch zuschreiben haben, müssen wir feststellen, ob es in der Sowjetunion immer noch gesellschaftliche Schichten gibt, die im Prinzip des Staatseigentums den besten Weg zur Gewinnung persönlicher Vorteile sehen müssen und wie lange dieser Zustand noch dauern wird.

VERÄNDERUNG DER SOZIALEN STRUKTUR

Zwei entscheidende Tatsachen charakterisieren die Veränderungen der sozialen Struktur Sowjetrußlands in der Zeit von 1926 bis zum heutigen Tage: Die Verstärkung und die Bildung einer neuen führenden Schicht. 1939 lebten 32,8 Prozent der Gesamtbevölkerung der Sowjetunion in den Städten. 1926 waren es nur 17,9 Prozent gewesen. 1939 gehörten nach den Angaben Molotows 9 591 000 Menschen der sogenannten neuen sowjetischen Intelligenz an, 1926 waren es 2 116 400 gewesen. Für das Jahr 1949 gibt Boris Meißner folgende Zahlen an.

1. „Intelligenz“ in Stadt und Land:	15—16 Millionen
2. Manuelle Arbeiter im staatlichen und genossenschaftlichen Sektor:	21—22 Millionen
3. Bauern (Kollektiv- und Einzelbauern) und Landarbeiter:	42—44 Millionen

(Boris Meißner, Der Wandel im sozialen Gefüge der Sowjetunion, Europa-Archiv, Nr. 9/1950.)

Bei etwa 80 Mill. Berufstätigen und 200 Mill. Gesamtbevölkerung ergibt sich also, daß die Klasse der „beamteten Funktionäre“, wie sie Meißner nennt, 19,5 Prozent, die Arbeiter 26,7 Prozent und die Bauern 53,8 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Wenn wir diese Zahlen mit denen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg vergleichen, so ergibt sich, daß anstelle von Bürgertum und Gutsbesitzern, die 1913 etwa 3,6 Prozent der Gesamtbevölkerung umfaßten, eine neue führende Schicht gekommen ist, die 19,5 Prozent der Gesamtbevölkerung erreichte.

Eine bedeutende Vergrößerung der führenden Schicht ist kaum noch möglich. Das bedeutet, daß die Sowjetregierung in Zukunft außerstande sein wird, sich auf den Aufstiegs willen von Millionen zu stützen, wie sie das in der Periode von 1917 bis 1941 tun konnte. Der Aufstieg weiterer großer Kontingente kann nur auf Kosten der gegenwärtigen Träger der Sowjetmacht erfolgen. Die weitere Ergänzung der führenden Schicht wird im großen und ganzen durch den der gleichen Schicht entstammenden Nachwuchs erfolgen. Die Periode der revolutionären sozialen Umwälzungen, die Periode der schwindelerregenden Aufstiege ist vorbei, und das weitere Schicksal der Sowjetmacht wird in Zukunft in erster Linie durch die Einstellung dieser neuen führenden Schicht zum Privateigentum bestimmt werden. Es kommt also darauf an, die Haltung und die Mentalität dieser neuen Führer zu untersuchen.

Um die summarische Dreiteilung des sozialen Gefüges in die beamteten Funktionäre, Arbeiter und Bauern zu konkretisieren, scheint es angebracht zu sein, den Begriff „Klasse“ genauer zu betrachten. Lenins Definition dieses Begriffs lautet:

Als Klassen werden große Gruppen von Menschen bezeichnet, die sich nach ihrem Standort im geschichtlich entstandenen System der gesellschaftlichen

Produktion, nach ihrem Verhältnis zu Produktionsmitteln (was meistens in Gesetzen festgelegt und formuliert ist), nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und, folglich, nach der Art des Beziehens und dem Ausmaß jenes Teiles des gesellschaftlichen Produktes, über den sie verfügen, unterscheiden.“
(Zitat nach „Philosophisches Lexikon“).

Das Wesentlichste an dieser Formulierung ist die Feststellung, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse durch die „Rolle der Betreffenden in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit“ bestimmt ist. Wendet man Lenins Definition an, so läßt sich die Bevölkerung der Sowjetunion in folgende fünf Gruppen einteilen: Parteiapparat, Staatsapparat, Technische Intelligenz, Arbeiterschaft, Kolchosbauern. Staatsapparat, Arbeiterschaft und Kolchosbauern sind die sowjetischen Gegenstücke zu entsprechenden westlichen Schichten. Dagegen sind Parteiapparat und Technische Intelligenz spezifisch sowjetische Erscheinungen. Der Parteiapparat besteht aus den Berufsparteigenossen, den Parteifunktionären, die durch die Arbeit in der Partei ihr tägliches Brot verdienen. Im Keim gab es diese Schicht auch im Dritten Reich und anderen faschistischen Ländern. (Ob die Gewerkschaftsfunktionäre dazu gerechnet werden müssen, ist unklar. Einerseits sind die sowjetischen Gewerkschaften heute nur ein Anhängsel des Parteiapparates, andererseits aber können sie unter anderen Bedingungen eine selbständige Funktion ausüben.) Es gilt dabei mit allem Nachdruck zu betonen, daß man unter dem „Parteiapparat“ keineswegs die Masse der Parteimitglieder, sondern ausschließlich jene Menschen verstehen muß, die berufsmäßig in dem Parteiapparat tätig sind. Die KP der Sowjetunion ist schon lange eine Massenpartei geworden, so daß die Grenze zwischen Parteimitgliedern und Parteilosen sich immer mehr verwischt und tausendfache Erfahrung zeugt davon, daß die Haltung einzelner Sowjetbürger nicht durch ihre Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit zur Partei, sondern durch ihre persönlichen Einsichten und vor allem durch ihre gesellschaftliche Stellung bestimmt wird.

Die Technische Intelligenz jedoch ist ein soziales Phänomen, das wir nur in der Sowjetunion und anderen bolschewistisch beherrschten Ländern vorfinden und das genauer definiert werden muß. Das Gros dieser Klasse bilden die Leiter der Produktion, die Fabrikdirektoren, Ingenieure, Techniker, aber auch die Intellektuellen und die Leiter der Handelsorganisationen und Unternehmungen. Obwohl es sich im Grunde um die „Spezialisten“ schlechthin handelt und die Bezeichnung Technische Intelligenz etwa auf einen Kunsthistoriker nur im übertragenen Sinne angewandt werden kann, ist dieser Ausdruck doch der richtige. Er deutet darauf hin, daß die Technische Intelligenz die entscheidende Kraft dieser Schicht ist; überdies unterscheidet sich die Haltung der anderen Gruppen nicht von der der Technischen Intelligenz im engeren Sinne.

Gewisse Bedenken könnte die Trennung des Staats- und des Parteiapparates hervorrufen, zumal es sich beim Parteiapparat um eine sehr kleine Gruppe handelt (etwa 500 000 Personen). Doch läßt eine ganze Reihe von Anzeichen darauf schließen, daß die politische Haltung dieser beiden Gruppen verschieden ist, weil sie sich eben „nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit unterscheiden“. Der Staatsapparat übt die Verwaltungsarbeit aus, die Funktion des Parteiapparates ist Überwachung und Antreiben.

Es wäre noch die Frage zu untersuchen, ob die Armee und die Kolchosaristokratie als besondere Klassen abzusondern sind. Doch sind bisher keine Beweise bekannt für die Annahme, daß die Armee sich anders verhält als der Staatsapparat, dessen Bestandteil sie letzten Endes ist. Und was die Kolchosaristokratie betrifft, so liegen keine Anzeichen vor, daß die Spannungen zwischen Kolchosleitungen und einfachen Bauern Formen eines Klassenkampfes angenommen haben. In Zukunft ist eine solche Entwicklung möglich; sie ist sogar wahrscheinlich, wenn das Programm der Nationalisierung der Kolchose verwirklicht werden sollte. Darüber wird noch später zu sprechen sein.

Alle Teile der führenden Schicht — Partei-, Staatsapparat und Technische Intelligenz — bedurften für ihren Aufstieg der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Das besagt zwar nichts über die Haltung der einzelnen Angehörigen dieser Schicht zum Kommunismus; sie könnten — sogar in ihrer Mehrheit — durchaus die ein-

zelnen Maßnahmen, ja die Grundsätze der kommunistischen Diktatur ablehnen. Doch war keine ernste und erfolgversprechende Widerstandsbewegung zu erwarten, solange der stürmische Aufstieg von Millionen im Gange war. Die Alternative — Wiedereinführung des Privateigentums — wäre eine zu klare Bedrohung der gesellschaftlichen Stellung und der Aufstiegsmöglichkeiten dieser Menschen gewesen.

Heute aber ist die Bildung der neuen führenden Schicht im großen und ganzen abgeschlossen und das wichtigste Problem ist für sie heute nicht die Schaffung neuer Stellen, sondern die Aufrechterhaltung der erworbenen Positionen und deren Übertragung an die inzwischen herangewachsenen Kinder. Das Problem der Wiederzulassung des Privateigentums und der privaten Initiative erscheint daher heute in einem anderen Licht. Natürlich handelt es sich bei der Frage: Staats- oder Privateigentum in der UdSSR nicht um die Frage der Übertragung der Industriewerke in private Hände, sondern um die Zulassung der privaten Initiative, um die Gewährung des Rechtes, in aller Offenheit das zu tun, was der von uns zitierte Pribytkow mit Gefahr für seine Freiheit, aber mit unzweifelhaftem Nutzen für die Allgemeinheit getan hat.

Die Frage der Wiedereinführung des Privateigentums hat verschiedene Seiten, und die Einstellung einzelner gesellschaftlicher Schichten dazu ist dementsprechend verschieden. Die mit dem Privateigentum untrennbar verbundene Schaffung von klaren Rechtsverhältnissen wie auch die wahrscheinliche Steigerung des Lebensstandards dürfte für alle gesellschaftlichen Schichten von Vorteil sein. Was aber die Einstellung einzelner gesellschaftlicher Schichten zum Problem des Privateigentums anbetrifft, so ist diese Frage äußerst kompliziert. Hier handelt es sich um ein politisches Problem; es müssen daher nicht nur die Vor- und Nachteile, die sich für die einzelnen Schichten ergeben würden, sondern vielmehr die politischen Auswirkungen eines solchen Programms berücksichtigt werden.

Man kann mit Sicherheit sagen, daß der Parteiapparat jeder Entwicklung, die auf die Wiedereinführung des Privateigentums hinzielt, mit schärfster Ablehnung gegenübersteht, denn sie würde das Ende seiner Herrschaft, ja seiner Existenz als Klasse bedeuten. Alle anderen Schichten aber würden gewinnen — die Bauern und die Technische Intelligenz, weil sie zweifellos sofort von diesem Recht Gebrauch machen würden; die Arbeiterschaft, weil damit das Recht, die eigenen Interessen zu vertreten, z. B. das Streikrecht, verbunden wäre; der Staatsapparat, weil er sich auf diese Weise von der lästigen Überwachung durch die Partei befreien könnte. Nun ist freilich ein langer Weg von der Feststellung, daß die Mehrheit der Bevölkerung der Sowjetunion die Wiedereinführung des Privateigentums begrüßen würde, bis zu der Behauptung, sie würde eine solche Forderung aufstellen und gegebenenfalls durchsetzen. Ehe man dies behaupten kann, müßte man die Haltung der einzelnen gesellschaftlichen Schichten zu diesem Problem und zu einander genauer untersuchen. Generell kann man jedoch sagen, daß im Zusammenhang mit den Veränderungen der sozialen Struktur der Sowjetunion die Stellung der Partei stark erschüttert worden ist. Wir wissen, daß die Beseitigung des Privateigentums in Sowjetrußland möglich war, weil dies Millionen den Weg zum Aufstieg ebnete und weil der Parteiapparat die Schlüssel zu diesem Weg in der Hand hatte. Das ging, so lange die KPdSU eine Elitepartei war. Inzwischen sind aber aus 386 000 Parteimitgliedern auf dem ersten Parteitag nach Lenins Tod (April 1923) 7 Millionen geworden. Heute ist die Zugehörigkeit zur Partei keine Auszeichnung mehr, sondern eine selbstverständliche Formalität für die Angehörigen der oberen Klassen. Der Weg nach oben führt heute nicht mehr über die Partei, sondern über die Hochschule.

Die sog. Technische Intelligenz bildet die zahlenmäßig größte und wichtigste Klasse innerhalb der führenden Schicht der UdSSR. In den letzten Jahren wurde eine ganze Reihe von Untersuchungen über die Haltung dieser Klasse veröffentlicht. Alle Autoren stimmen darin überein, daß es sich bei den Angehörigen dieser Schicht um Menschen handelt, die stark ausgeprägtes Selbstbewußtsein und die Neigung zeigen, auf eigene Verantwortung zu handeln, auch wenn es darum geht, die bestehenden Gesetze zu brechen. Der „Economist“ schreibt geradezu: „Wir haben es mit einem harten und selbstbewußten Typ zu tun, eng

verwandt mit dem frühkapitalistischen europäischen Industriepionier des 19. Jahrhunderts und dem amerikanischen Wild-West-Sheriff aus der amerikanischen Grenzzeit."

Diese Neigung, auf eigene Verantwortung zu handeln, und die damit verbundene Bereitschaft, gegebenenfalls Gesetze zu überschreiten, hat ihren Ursprung in der Besonderheit der sowjetischen Wirtschaftsordnung. Die Betriebsleiter sind für die Erfüllung des Planes persönlich verantwortlich, auch dann, wenn die Nicht-Erfüllung des Planes etwa darauf zurückzuführen ist, daß die Lieferung von Rohstoffen oder Halbfertigwaren von anderen Unternehmen sich verzögert oder ausbleibt. Die Berufung auf „objektive“ Ursache wird nicht als Entschuldigungsgrund angenommen. Infolgedessen sind die Betriebsleiter angesichts der chronischen Unzulänglichkeiten der sowjetischen Planung gezwungen, zu ungesetzlichen Mitteln der Materialbeschaffung zu greifen. Die sowjetischen Fabrikdirektoren müssen ständig irgendwelche Vorschriften verletzen, um andere erfüllen zu können. Selbstverständlich öffnen solche Machenschaften Tür und Tor für persönliche Bereicherung; wenn ein Direktor ein schwarzes Geschäft im Werte von einigen Millionen Rubeln betätigen muß, um seinen Betrieb in Gang zu halten, fallen ein paar tausend, die er für sich persönlich abzweigt, gar nicht ins Gewicht.

Es ist schwer zu sagen, wie groß die Summe der Gelder ist, die auf solche oder ähnliche Weise in den Händen von Privatpersonen zusammenlaufen. Sie sind beträchtlich.

Die „Iswestija“ vom 14. Januar 1953 berichtet zum Beispiel über einen „Privatunternehmer“ Chatlamandshiew, der die Kohlenversorgung im Gebiet Woronesch organisierte und mit den Kohlengruben auf der Grundlage 50:50 arbeitete. Die Zeitung erwähnt den Verdienst von 113 000 Rubel an einem Geschäft. Die gleiche Zeitung enthüllte am 8. Februar die Existenz von privaten – oder, wie sie offiziell geführt wurden, „auf dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung (chosrastschot) aufgebauten“ – Theaterunternehmungen in Weißruthenien und erwähnt dabei Einnahmen von 2000 bis 8000 Rubel im Monat. Dabei handelt es sich nicht um das Honorar der Besitzer, die gleichzeitig als Zauberkünstler auftreten, sondern um „die Entschädigung für die Amortisation der Ausstattung“. Insgesamt soll die Staatliche Bühnenverwaltung Weißrutheniens Hunderttausende von Rubeln an die Privatunternehmer ausgezahlt haben. Da es sich dabei kaum um die größten Geschäftemacher handelt (es fällt auf, daß im Falle von Chatlamandshiew wohl seine Abnehmer, nicht aber seine Lieferanten erwähnt wurden) kann man annehmen, daß unter den sowjetischen Verhältnissen Vermögen von einer halben oder ganzen Million entstehen können. Solche Summen lassen die Frage der Investition akut werden, zumal auch die offiziellen Einnahmen manchmal recht bedeutende Ziffern erreichen. Die Schlußfolgerung zwingt sich auf, daß diese Menschen eine juristische Grundlage suchen werden für das, was sie sowieso tun. Das ist praktisch nur durch die Einführung des Rechtes auf Privateigentum möglich.

Die zweite für die Angehörigen dieser Schicht charakteristische Eigenschaft ist der Stolz auf Erfolg und eigene Leistung. Diese Haltung findet manchen Ausdruck in der sowjetischen Literatur. So lesen wir im Roman „Für eine gerechte Sache“ von Wassilij Grossmann die Worte des „positiven Helden“ Tschepychin, Mitgefühl der Akademie der Wissenschaften:

„Vielen Menschen erscheint das junge und allumfassende Gefühl des Lebensziels als ein Überbleibsel, das sich unnötig und zufällig erhalten hat. Die Empfindungen des Alltags, die scharf, aber vergänglich sind, erfüllen ihre seelische Welt. Sie empfinden keine Einheit in diesem komplizierten, bunten Leben. Solche Menschen ernten oft kleine, aber befriedigende Erfolge. Doch können sie nie eine große Schlacht mit dem Leben gewinnen. Es gibt aber Persönlichkeiten und Charaktere, für die dieses einfache, jugendlich klare Gefühl und die Vorstellung vom Sinn und Ziel des Lebens eine Einladung zum Handeln darstellen . . . Eine der charakteristischsten Eigenschaften dieser Menschen ist die Fähigkeit, auf ihrem Wege andere Menschen mit sich zu führen.“

Grossmann wurde später im „Kommunist“ scharf angegriffen, weil er die Heldenverehrung propagiere.

Stalin zog auch gegen die Genossen zu Felde, die alle dem Kapitalismus eigenen Kategorien auf die sowjetische Wirtschaft angewandt haben: die Arbeitskraft als Ware, den Mehrwert, das Kapital, den Kapitalprofit, die Durchschnittsprofitrate, die notwendige Arbeit und Mehrarbeit, notwendiges Produkt und Mehrprodukt usw. Offensichtlich sind die Bemerkungen Stalins nicht unbegründet, denn im Munde eines Poptapow wären diese Begriffe angebracht.

DIE NEUE GENERATION

Die Untersuchung der Haltung der neuen sowjetischen Intelligenz wäre unvollständig, wenn man die Tatsache außer acht ließe, daß inzwischen die zweite Generation dieser Schicht herangewachsen ist, die sich immer deutlicher bemerkbar macht und die Zukunft des Landes bestimmen wird.

Im Westen gibt es eine weit verbreitete Vorstellung, daß die Haltung dieser Gruppe vor allem durch ihre „Erziehung im Geiste des Kommunismus“ bestimmt sei. Bekanntlich hat sich die ideologische Linie der kommunistischen Partei der Sowjetunion im Laufe der letzten zwanzig Jahre mehrmals verändert, so daß unter anderem die Frage auftaucht, im Geiste welchen Jahres nun diese Jugend erzogen sein soll. Die bisherigen Erfahrungen zeugen davon, daß sie durchaus nicht nur aus begeisterten oder wenigstens linientreuen Kommunisten besteht und viele Zeichen deuten darauf hin, daß der ausschlaggebende Faktor in der Entwicklung eines jungen Intellektuellen in der Sowjetunion seine Herkunft ist. Der Sohn eines Generaldirektors fühlt sich als der Sohn des Generaldirektors, selbst wenn er Enkel eines Schuhmachers ist.

Am 11. Dezember 1952 wurde in der „Literaturnaja Gaseta“ ein Aufsatz von J. Strogowa, veröffentlicht. „Der Mythos von der leichten Arbeit“, der über die Haltung sowohl der Väter als auch der Söhne eine Reihe von interessanten Einzelheiten preisgibt. Die Verfasserin schreibt:

Dies geschah in einer Moskauer Technischen Hochschule. Vor dem Arbeitszimmer des Direktors saßen einige Genossen, die sehr ehrenvoll aussahen: Militärs in hohem Rang und Zivilisten mit riesigen, luxuriösen Aktentaschen . . . Sehr bald stellte sich heraus, daß es sich hier um Eltern handelte, die ihre Kinder, in Schutz nehmen“ wollten. Ein älterer beliebter Vater erzählte laut, wie sein Sohn gekränkt wurde: „Der Junge lernte glänzend. Er hatte vor, Gelehrter zu werden. Und da wurde er plötzlich mir nichts dir nichts in die praktische Arbeit gesteckt und gezwungen, als gewöhnlicher Schlosser zu arbeiten! So ein Unfug! . . . Da der Meister dem Jungen kein Test aussteilen wollte, wird er jetzt nicht zum Examen zugelassen. Hoffentlich ist der Direktor ein vernünftiger Mensch!“ Zu meinem großen Erstaunen fanden diese Worte den Beifall aller Zuhörer.

Was die Söhne anbetrifft, so schildert die Verfasserin sie folgendermaßen:

„Keine Angst, es wird schon werden, alles geht auch ohne uns“ – ist der Ausdruck jener unbekümmerten und gleichgültigen Haltung junger Menschen, die gewöhnt sind, daß für sie alles getan wird, daß immer jemand da ist, der ihnen aus der Patsche hilft. Das ist die Einstellung von Menschen, die keine Schwierigkeiten kennen, sich um sie herumdrücken und sich hinter dem Rücken anderer verstecken.

GEGENSATZ ZUM PARTEIAPPARAT

Das wichtigste Hindernis auf dem Wege der neuen Oberschicht zur weiteren Entfaltung und Festigung ihrer gesellschaftlichen Stellung ist der Parteiapparat, mit dem sie ständig in Konflikt kommt über die Frage: Wer soll das letzte Wort sagen – der Partei- oder der Fachmann? Nach dem gegenwärtigen Stand kann sich der Parteiapparat ständig in die Angelegenheiten der Technischen Intelligenz einmischen. Im Artikel VIII, Ziffer 58 des neuen Parteistatuts der KPdSU heißt es:

Zur Erhöhung der Rolle der Grundorganisationen der Partei in den Produktions- und Handelsbetrieben . . . wird diesen Organisationen das Recht der Kontrolle über die Tätigkeit der Betriebsleitung eingeräumt.

Aus der sowjetischen Presse und aus zahlreichen Zeugenberichten geht eindeutig hervor, daß gerade diese Kontrolle von den eigentlichen Produktionsleitern als Schikane empfunden wird – und hier liegt die Quelle von ständigen Konflikten, die wohl verschleiert, niemals aber

Ein anderer Literaturheld, aus Anatolij Sofronows Schauspiel „Der Moskauer Charakter“, ein Fabrikdirektor namens Potapow, drückt sich einfacher aus und nennt das von ihm geleitete Werk „Mein Werk“.

Stalin hielt es in seiner Arbeit „Über die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ für nötig zu betonen, daß die „Direktoren der Betriebe, die vom Staat Produktionsmittel erhalten haben, nicht nur nicht deren Eigentümer sind, sondern im Gegenteil als Bevollmächtigte des Sowjetstaates . . . entsprechend den vom Staat übergebenen Plänen bestätigt werden“.

zurückweicht. Die Technische Intelligenz stellt eine in der modernen gelöst werden können, ohne daß die eine oder die andere Gruppe Wirtschaft absolut unentbehrliche Klasse dar. Es handelt sich um Menschen, die wissen, daß sie viel leisten, die es bereits zu erheblichem Wohlstand gebracht haben. Auch die Wiedereinführung der materiellen Ungleichheit durch die bolschewistische Regierung (z. B. Einführung des Leistungsprinzips, dessen Verfechterin in erster Linie die Technische Intelligenz war) war vor allem eine Konzession an diesen Menschentyp.

Was diesen Menschen noch fehlt, ist die persönliche Sicherheit und das Recht, über die Ergebnisse der eigenen Arbeit frei zu verfügen. Das ist ohne die Beseitigung oder zumindest Aushöhlung der kommunistischen Diktatur und ohne die Unverletzlichkeit des Privateigentums unmöglich. Die Geschichte lehrt, daß sich eine gesellschaftliche Schicht die im Aufstieg begriffen ist, früher oder später den Weg ebnet. Eine ganze Reihe von Umständen könnte den Sieg der Technischen Intelligenz erleichtern. In dieser Richtung wirkt vor allem die Tatsache, daß der Parteiapparat sich mehr und mehr in eine parasitäre Schicht verwandelt. Noch in den dreißiger Jahren hat der Parteiapparat eine bestimmte Funktion ausgeübt: Nach der völligen Zerschlagung des zaristischen Staates und während ein neuer Staatsapparat noch im Entstehen begriffen war, ermöglichte er die Durchführung jener umwälzenden innenpolitischen Gewaltmaßnahmen, die in der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Mobilmachung der Arbeitskräfte für die Industrialisierung gipfelten.

Heute werden alle laufenden Aufgaben durch die ordentlichen Staatsorgane erledigt. Dem Parteiapparat bleibt die Propagandatätigkeit und die „Kontrolle“, die beide vom Standpunkt der Technischen Intelligenz nicht notwendig sind, ja vielfach von ihr geradezu als Hemmnis und Bedrückung empfunden werden.

Auch die anderen gesellschaftlichen Klassen können, ja müssen in einem Programm der Unverletzlichkeit des Privateigentums den Ausdruck ihrer Interessen sehen. Der Staatsapparat, inklusive der Armee, der zwar hieran nicht direkt interessiert ist, würde doch dadurch die Vormundschaft des Parteiapparates abschütteln können, und die Forderung nach persönlicher Sicherheit, nach Schaffung eines Rechtsstaates ist für ihn genau so lebenswichtig wie für die Technische Intelligenz. Zudem ist nicht zu vergessen, daß sich auch in Armee und Staatsapparat zwangsläufig eine Gruppe von Spezialisten entwickelt hat, die in vieler Hinsicht dieselben Züge aufweist wie die Technische Intelligenz. Was die Bauernschaft anbetrifft, so haben die Erfahrungen der ganzen Periode der Sowjetmacht eindeutig gezeigt, daß ihr Drang zum Privateigentum unausrottbar ist.

Etwas komplizierter ist die Frage der Arbeiterschaft, denn über ihr Verhalten — mit Ausnahme der Tatsache, daß sie sehr schlecht lebt und völlig entrechtet ist — wissen wir so gut wie nichts. Zwar gab es in den dreißiger Jahren einige Arbeiteraufstände in der Sowjetunion, doch hat es z. B. in der Wlassow-Bewegung keine ausgesprochenen Vertreter der Arbeiterbewegung gegeben.

STALINS RICHTLINIEN

Allem Anschein nach hat Stalin diese Gefahrenzeichen für den Kommunismus erkannt, denn ohne diese Annahme ist seine letzte Arbeit und sind insbesondere die darin enthaltenen Richtlinien für die Innenpolitik schwer verständlich. Die wichtigste Schlussfolgerung, die er aus der Analyse der innenpolitischen Situation der UdSSR zieht, lautet:

„Es wäre unverzeihliche Blindheit, wollte man nicht sehen, daß diese Erscheinungen [das kollektivwirtschaftliche Gruppeneigentum und die Warenzirkulation] . . . je länger desto mehr das weitere Wachstum der Produktivkräfte unseres Landes hemmen werden. Folglich besteht die Aufgabe darin, diese Widersprüche zu beseitigen durch allmähliche Umwandlung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums in allgemeines Volkseigentum und durch — gleichfalls allmähliche — Einführung des Produktaustausches an Stelle der Warenzirkulation.“ Stalin schlägt weiter vor, „ein kulturelles Wachstum der Gesellschaft zu erreichen,

das allen Mitgliedern der Gesellschaft eine allseitige Entwicklung ihrer körperlichen und geistigen Fähigkeiten gewährleistet . . . damit sie die Möglichkeit erhalten, ihren Beruf frei zu wählen und nicht infolge der bestehenden Arbeitsteilung zeit ihres Lebens an irgendeinen Beruf gefesselt sind.“

Die Erfüllung dieses Programms soll den Übergang von der sozialistischen Formel „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ zur kommunistischen Formel „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ darstellen.

Um den praktischen Sinn dieser Maßnahmen verstehen zu können, ist vor allem zu berücksichtigen, daß dieser Übergang gar nicht so unmöglich ist, wie es auf den ersten Blick erscheint. „Jedem nach seinen Bedürfnissen“ braucht im bolschewistischen Polizeistaat ja nicht zu bedeuten, daß jeder soviel bekommt, wie er will, sondern soviel, wie ihm der Staat zuteilen wird. Die Verwirklichung des Prinzips des Kommunismus könnte praktisch heißen, daß alle Menschen auf Rationen gesetzt werden, und der politische Sinn dieser Maßnahme wäre dann die Ablösung des Rechtsanspruchs auf eine der Leistung entsprechende Entlohnung durch das an nichts gebundene Recht des Staates, nach seinem Gutdünken die Bedürfnisse festzusetzen. Ein solcher Übergang vom Leistungsprinzip zur Entlohnung „nach den Bedürfnissen“ ist für diejenigen vorteilhaft, die erstens Bedürfnisse festsetzen und zweitens selber keine in Geldeinheiten ausdrückbaren Leistungen aufzuweisen haben — für den Parteiapparat nämlich. Ähnlich ist es auch um die anderen Vorschläge Stalins bestellt, vor allem um seine Vorschläge, die Warenzirkulation abzuschaffen und die Kolchosen „in allgemeines Volkseigentum“ zu verwandeln.

Stalin hat den Vorschlag, das Eigentum der MTS an die Kolchose zu verkaufen, aus guten Gründen kategorisch abgelehnt. Er wußte aber, daß damit noch nichts getan ist. Solange die Warenzirkulation, der Verkehr der Güter nach dem Prinzip des Kaufs und Verkaufs existiert, werden solche aus wirtschaftlichen Erwägungen entspringenden Forderungen in dieser oder jener Form immer wieder auftauchen. Malenkov teilte z. B. in seinem Referat auf dem XIX Parteitag mit, daß die Kolchose begonnen haben, Fabriken, Ziegeleien, Reparaturwerkstätten und ähnliches mehr zu bauen. Auch beruht die Existenz des „heimlichen Kapitalismus“ der Pribytkows, Chatlawandshiews und ihresgleichen darauf, daß im Lande die Warenzirkulation existiert und die Abrechnung auf der Geld-Basis möglich ist. Außerdem stellt das Wertgesetz, das die Grundlage jedes Warenverkehrs bildet, die mächtigste Waffe in der Hand der Technischen Intelligenz im Kampf um die Festigung ihrer Stellung dar. Stalin widmet dem Problem des Wertgesetzes unter den Bedingungen des Sozialismus einen besonderen Abschnitt, wobei sein Grundgedanke ist, daß das Wertgesetz zwar berücksichtigt werden muß, daß es jedoch „unter unseren sozialistischen Produktionsbedingungen nicht der ‚Regulator der Proportionen‘ bei der Verteilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Produktionszweigen sein kann.“

Praktisch handelt es sich hier um die Frage, ob die Volkswirtschaft nach wirtschaftlichen oder nach politischen Grundsätzen geführt werden muß. Man weiß, daß diese These Stalins gegen den ehemals prominentesten Vertreter der Technischen Intelligenz, Nikolaj Wosnessenskij, gerichtet ist, der gerade den Standpunkt vertrat, daß die Volkswirtschaft nach ökonomischen Gesichtspunkten geführt und innerlich ausgeglichen werden müsse. Auch ein anderer Versuch, der von Jaroschenko ausging, dem wirtschaftlichen Gesichtspunkt den Vorrang zu geben, scheiterte am erbitterten Widerspruch Stalins.

Stalins Ansicht läuft daraus hinaus, daß die weitere Aufrechterhaltung der kommunistischen Diktatur in Rußland ohne die Abschaffung der Warenzirkulation und ohne die Nationalisierung der Kolchose unmöglich ist. Das dürfte stimmen, denn die Summen, die sich im Umlauf befinden, sind heute um ein vielfaches größer, als sie vor zwanzig Jahren waren, und auch die wirtschaftliche Bedeutung der Kolchose hat sich inzwischen vervielfacht. Soziologisch gesehen ist das ein Angriff gegen die Technische Intelligenz und besonders gegen die sog. Kolchosaristokratie, denn mit Hilfe des Wertgesetzes und der Warenzirkulation können die Vertreter dieser Schicht ihre Leistungen mit Zahlen nachweisen und Kapital bilden. Ökonomisch gesehen ist es ein Schlag gegen die Volkswirtschaft, denn eine Aufhebung der Geldabrechnung würde zweifellos zur Senkung der Rentabilität führen.

Der alternde Stalin hatte recht, wenn er die Aufrechterhaltung der Warenzirkulation und des Genossenschaftseigentums als eine Todesgefahr für den Kommunismus betrachtete. Nur hat er keinen Weg gezeigt, wie man es anders machen soll — es ist sehr schwer, unter den gegenwärtigen Umständen Kräfte zu finden, die gegen die von der Sowjetmacht selbst ins Leben gerufenen Eliten eingesetzt werden können wenn diese Kräfte sich nicht auch zugleich gegen den Parteiapparat wenden sollen. Wenn auch die Technische Intelligenz nicht überall beliebt ist, so ist doch der Haß des Volkes gegen die politischen Funktionäre ungleich größer.

Die Geschichte der Sowjetmacht zeigt, daß es möglich ist, der Volkswirtschaft einen ersten Schaden zuzufügen, wenn dadurch der Aufstieg einer bedeutenden Anzahl neuer Männer gewährleistet wird. Auch diesmal empfiehlt Stalin den gleichen Weg. Sein dritter Programmpunkt lautet, daß alle Mitglieder der Gesellschaft die Möglichkeit haben sollen, „ihren Beruf frei zu wählen, damit sie nicht infolge der bestehenden Arbeitsteilung zeit ihres Lebens an irgendeinen Beruf gefesselt sind.“

Bekanntlich ist die moderne Gesellschaft auf einer engen Spezialisierung der Fachkräfte aufgebaut. Und der Vorschlag Stalins muß wie ein Hirngespinnst scheinen, wenn man ihn wörtlich nimmt. Man soll ihn aber nicht wörtlich nehmen. Zweimal in seiner Arbeit spricht Stalin von der verlockenden Perspektive der Zukunft, wo die Menschen „nicht ihr Leben lang an irgendeinen Beruf gefesselt sind“. Offensichtlich sind diese Worte an diejenigen adressiert, die ihren Beruf gerne wechseln möchten. Und so scheint es sich hier um die Empfehlung zu handeln, die besonders ungehorsamen Elemente der Technischen Intelligenz abzulösen. Angesichts der angespannten inneren und äußeren Lage der Sowjetunion erscheint es jedoch fraglich, ob der Staat sich einen solchen Raubbau an der so dringend benötigten Technischen Intelligenz leisten kann, denn politisch wirksam wäre eine solche Maßnahme nur, wenn sie im großen Maßstabe durchgeführt würde.

Auf dem flachen Lande scheint zwar der Versuch, die aus dem Kolchos emporgewachsene und mit dem Kolchos verbundene Elite abzulösen, bereits im Gange zu sein: in der sowjetischen Presse werden ständig Nachrichten darüber veröffentlicht, daß die Kolchosmitglieder die von außen gekommenen „Spezialisten“ zu Kolchosvorsitzenden gewählt haben — natürlich „freiwillig“. Aber dieser Versuch scheint nicht sehr erfolgreich zu verlaufen. Nach den bis jetzt vorliegenden Angaben neigen die „Zugereisten“ dazu, sich mit der ansässigen Bevölkerung zu verschmelzen. Oder sie versagen.

Aus Stalins Ausführungen kann man also die Schlußfolgerung ziehen, daß für die Aufrechterhaltung der kommunistischen Diktatur in Rußland notwendig sind: 1. Aufhebung der Warenzirkulation, 2. Nationalisierung der Kolchase, 3. Ablösung eines bedeutenden Teils der gegenwärtig führenden Schicht. Diese drei Aufgaben bilden den Hintergrund des Kampfes um die Erbschaft Stalins.

DIE LAGE NACH STALINS TOD

Jeder Tag des nach Stalins Tod eingeführten „milden Kurses“ festigt die Positionen der Technischen Intelligenz. Zwar gewinnt dadurch der Träger des Kommunismus — der Parteiapparat — Zeit, um die eigenen Reihen zu reorganisieren; wenn aber heute z. B. die Staatsanleihe nur die Hälfte der Vorjahrssumme ausmacht, so bedeutet das andererseits die Vergrößerung der Gelder, über welche die Potapows und Pribytkows verfügen, bedeutet das die Vergrößerung der Warenzirkulation, die Stalin als das größte Hindernis auf dem Wege zum Aufbau der kommunistischen Gesellschaft betrachtete. Was aber wollen Stalins Nachfolger unternehmen? Man kann doch nicht im Ernst hoffen, die Massen unter der Parole: „Nieder mit der Warenzirkulation! Es lebe der Produktaustausch!“ zu mobilisieren.

Das Gefährlichste für den Kommunismus in Rußland sind augenblicklich nicht die direkten Angriffe gegen das System, sondern die Gesetzesvorlagen, die „im Namen des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft“ Verhältnisse schaffen sollen, die in ihrer Konsequenz den Sturz des Kommunismus selbst herbeiführen können. Wosnessenskij verlangte nicht, daß die kommunistische Diktatur gestürzt wird, aber

er war bestrebt, die Vollmachten der staatlichen Planungskommission zu erweitern. Jaroschenko sagte keinen Ton davon, daß der Kampf um die Weltrevolution nicht notwendig sei. Aber er stellte die Behauptung auf, daß „im Sozialismus der Hauptkampf um die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft auf einen Kampf um die richtige Organisation der Produktivkräfte und ihre rationelle Ausnutzung in der gesellschaftlichen Produktion hinausläuft“; Sanina und Wensher verlangten keineswegs den Sturz der kommunistischen Diktatur, aber sie schlugen vor, den Staat seines wichtigsten Mittels zur Kontrolle der Kollektivwirtschaften zu berauben.

Stalin konnte die Durchführung solcher Maßnahmen verhindern. Doch haben seine Nachfolger zunächst in einer Reihe von Prawda-Artikeln mit allem Nachdruck betonen müssen, daß die Zeit des Produktaustausches noch nicht gekommen ist. Es kann sein, daß sie, die bei weitem nicht die Autorität Stalins besitzen, auch eine Reihe von anderen Maßnahmen werden durchführen müssen, die Stalin nicht genehmigt haben würde.

Die Rede Malenkows vor dem Obersten Rat der Sowjetunion deutet klar auf diese Entwicklung hin. Der Grundgedanke dieser Rede — soweit es sich um innenpolitische Angelegenheiten handelt — lautet: wir wollen den Lebensstandard heben und dazu müssen wir die Wirtschaft nach wirtschaftlichen Grundsätzen führen. Man kann sagen, daß Malenkow ziemlich alle ökonomischen Grundsätze Stalins umgeworfen oder — was wahrscheinlich ist — zurückgestellt hat. Malenkow fordert:

Die Handels- und Planungsorganisationen müssen den Warenbedarf der Bevölkerung gründlich studieren . . . Der Handel muß alle in seiner Hand befindlichen wirtschaftlichen Hebel in umfassender Weise in Bewegung setzen zur aktiven Einwirkung auf die Produktion zwecks Steigerung der Herstellung von Waren, die sich der Nachfrage der Bevölkerung erfreuen, und zur Einschränkung der Produktion solcher Waren, die bei der Bevölkerung nicht gefragt sind. (Prawda 9. 8. 53; deutscher Text: Tägliche Rundschau 11. 8. 53.)

Und dabei ist erst wenig Zeit vergangen, seit Stalin in seiner vor Jahresfrist erschienenen Schrift erklärte:

Völlig falsch ist die Behauptung, daß in unserer gegenwärtigen ökonomischen Ordnung . . . das Wertgesetz angeblich die „Proportionen“ der Verteilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Produktionszweigen reguliere.

Besonders in der Landwirtschaft werden die von Malenkow verkündeten Maßnahmen die Warenzirkulation bedeutend erweitern. Die Politik der Nationalisierung der Kolchase und sogar die der Verdrängung der einheimischen Kolchos-Führer durch auswärtige scheint zunächst zurückgestellt zu sein. Das Wort Sowchase gebraucht Malenkow fast nicht; er stellt sich die Kontrolle der Kolchase durch von außerhalb der Kolchase kommenden Kräfte anders vor, als dies bisher getan wurde. Er fordert: „Zuteilung von einem oder zwei landwirtschaftlichen Fachleuten an jeden Kolchos zu ständiger Arbeit, wobei diese Fachleute zum Stellenplan der Maschinen- und Traktorenstationen gehören sollen“.

Soweit man es auf Grund der von Malenkow veröffentlichten Zahlen beurteilen kann, wäre es jedoch zumindest sehr verfrüht, von einer bedeutenden Erhöhung des Lebensstandards der breiten Massen der Bevölkerung zu sprechen. Es dürfte zwar eine spürbare Verbesserung, keinesfalls aber eine Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Bevölkerung eintreten. Dagegen muß die politische Bedeutung dieser Revision sehr hoch eingeschätzt werden. Im Kampf um die Nachfolge Stalins hat Malenkow die wichtigste Forderung der Technischen Intelligenz erfüllt — er erkannte das Prinzip an, daß die Wirtschaft nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden soll. Offen bleibt die Frage, ob sich dieses Prinzip auf die Dauer mit der Aufrechterhaltung der kommunistischen Diktatur in Rußland vereinbaren läßt. Stalin hat diese Möglichkeit ausdrücklich verneint, und Malenkow kommt nicht von der Wirtschaft, sondern von der Partei her. Die ersten Konzessionen wurden gemacht. Damit wurde ein für die Sowjetmachthaber gefährlicher Weg eingeschlagen.

BIBLIOGRAPHIE:

- David Granick, „Initiative and Independence of Soviet Plant Management“ in „The American Slavic and East European Review“, Okt. 51: Joseph S. Berliner „The Informal Organisation of the Soviet Firm“ in „The Quarterly Journal of Economics“, Aug. 52; G. Bienstock, S. Schwarz und Yugow: „Management in Russian Industrie and Agriculture“, New York 1946; „The Soviet Regime“ in „The Economist“ London 15./22. 11. 52; Klaus Mehnert: „Auf Stalins Sonnenseite“ in „Christ und Welt“, Stuttgart 30. 10.; 6./13. 11. 52.

KLAUS MEHNERT

Die Rolle der Intelligenzia in Südasien

Die Hauptstütze des Bolschewismus in den von mir in diesem Sommer besuchten Ländern Südasien (und in Afrika, das ich 1951 und 1952 bereiste) ist nicht das erst im Entstehen begriffene „Industrieproletariat“, auch nicht die Bauernschaft, die in einer seit Jahrtausenden gewohnten Armut lebt, sondern die Intelligenzia. Gewiß bilden Proletariat und Bauernarmut ein revolutionäres Potential, aber sie sind sozusagen ein Dynamit, das hundert Meter unter der Erdoberfläche ruht. Von allein wird es nicht explodieren, jedenfalls nicht in bolschewistischem Sinne. Wohl aber ist ein großer Teil der Intelligenzia ununterbrochen damit beschäftigt, einen Gang zu diesem Sprengstoff zu bohren, um eine bolschewistische Lunte an das Dynamit zu legen.

Es ist erschütternd aber wahr, daß es dem Westen bisher nicht gelungen ist, die farbige Intelligenzia für sich zu gewinnen und gegen den Kommunismus immun zu machen. Irgend etwas entscheidend Wichtiges kann nicht stimmen, wenn ein großer Teil der mit Mühe, Kosten und vielfach wirklicher Liebe im Westen ausgebildeten jungen Asiaten und Afrikaner nach ihrer Heimkehr alsbald rosarot, wenn nicht ausgesprochen rot wird und ihren ganzen Lebenszweck in der Verleumdung des Westens und insbesondere Amerikas sieht, ja wenn diese Leute, die es doch eigentlich besser wissen müßten, ihre ganze Intelligenz darauf verwenden, ihren Landsleuten klarzumachen, daß die verschiedenen amerikanischen Hilfsmaßnahmen nichts anderes seien als teuflisch ausgedachte Werkzeuge zur Versklavung des Volkes. Es war verständlich, daß die indische Intelligenzia in der Zeit der britischen Herrschaft nach einem Studium in Oxford mit antibritischer Einstellung in die Heimat, also in die britische Kolonie, zurückkehrte. Aber ich habe den Eindruck, daß der antiwestliche Affekt seit der Befreiung nicht geringer, sondern im Gegenteil stärker geworden ist. Man könnte vielleicht sagen: Früher war die indische Intelligenzia primär antibritisch, aber nicht anti-westlich. Heute ist sie primär anti-westlich, vor allem anti-amerikanisch. Diese Intelligenzia ist es, die auch die zahllosen prosovjetschen Tarnorganisationen der „Friedenspartisanen“, der „Freunde der Sowjetunion“, der „Freunde Chinas“ usw. bevölkert.

SECHS GRÜNDE

Es gibt wohl eine ganze Reihe von Gründen für diese Einstellung zum Westen. Da ist erstens die Beobachtung, daß sich viele nach dem Luxus und der Verwöhnung ihrer Auslandszeit unbefriedigt fühlen in ihrer eigenen Heimat. Sie haben gesehen, wie frei man leben kann (auch in sexueller Beziehung) und welche Freuden es gibt, und kehren zurück in Länder, die materiell gesehen unvergleichlich ärmer sind und in denen sie zudem auf Schritt und Tritt auf religiöse oder sonstige Tabus und Schranken stoßen.

Da ist zweitens die Tatsache, daß die jungen Leute, die gewöhnlich von ihrem Auslandsaufenthalt mit dem löblichen Willen zurückkehren, etwas für ihr Volk und Vaterland zu tun und die erworbenen Kenntnisse in den Dienst der Heimat zu stellen, sehr bald feststellen, daß alle möglichen anderen Gesichtspunkte maßgebend sind für Ämterbesetzung und Karriere — keineswegs in erster Linie Fleiß und Eignung. Die asiatischen Völker leben noch in festen, wenn auch erschütterten sozialen Zusammenhängen, die für Karriere und Ämterbesetzung entscheidend sind. Vielfach ist die daheimgebliebene ältere Generation gar nicht daran interessiert, die aus dem Ausland zurückkehrenden

jungen Leute zu fördern und sich damit eine überlegene Konkurrenz auf den Hals zu laden. Diese werden daher häufig auf Nebengeleise abgestellt, wo sie ihren ausländischen Eifer etwas abkühlen sollen.

Da ist drittens die asiatische Tradition, daß Handarbeit eine minderwertige Sache ist. Infolgedessen wollen die jungen Heimkehrer gleich in führende Stellungen und weigern sich, den Weg von unten nach oben zu nehmen. „Es gibt hier auf allen Gebieten zu viele Offiziere und fast überhaupt keine Unteroffiziere“ — das war eine stereotype Wendung, auf die ich immer wieder stieß, wenn ich die wirtschaftlichen Aussichten dieser Länder mit Einheimischen oder erfahrenen Ausländern besprach.

Viertens habe ich den Eindruck, daß viele Angehörige der Intelligenzia an schlechtem Gewissen leiden, weil sie jahrelang — manche ein Leben lang — mit den Engländern kollaboriert haben. Ein kluger Beobachter sagte mir: „Die Intelligenzia fühlt sich durch die Ausländer nicht so sehr exploitiert als vielmehr prostituiert; sie hängt an dem, was ihr die Briten boten (das gilt zum Beispiel in hohem Maße für die persischen Nutznießer der britischen Ölpolitik in Iran) und daher haßt sie die Ausländer erst recht.“

Fünftens ist es viel bequemer, sich antibritisch und anti-amerikanisch zu gebärden und alles, was nicht in Ordnung ist, den Intrigen dieser Länder in die Schuhe zu schieben, als sich selbst mit der Beseitigung der Ursachen des Übels ernsthaft zu befassen. Durch die lange Dauer der britischen (in Nordiran russischen) Herrschaft haben viele das Gefühl für die eigene Kraft und Verantwortlichkeit verloren und tun so, als hänge alles von den Großmächten ab, deren bedauernswerte und willenslose Werkzeuge zu sein man vorgibt.

Die religiöse Entwurzelung spielt — sechstens — eine wesentliche Rolle. Jungen Indern zum Beispiel, die einige Jahre in der Luft Europas oder Amerikas gelebt haben, fällt die Rückkehr zu den alten Göttern schwer. Da aber die wenigsten von ihnen wirklich überzeugte Christen geworden sind, befinden sie sich in einem religiösen Niemandsland, sind wurzellos und also oft nihilistisch.

Aus allen diesen und manchen weiteren Gründen stoßen diese Menschen zu jener Armee der unbefriedigten Intelligenzia, die zu allem in Opposition steht, zu den ausländischen Einflüssen nicht nur, sondern auch zu den eigenen Regierungen, und die nun alles, was die einen wie die anderen machen, im Volke in ein häßliches Licht zu setzen sucht. Da sich diese Leute ständig vor sich selbst rechtfertigen müssen, kann es nicht ausbleiben, daß sie nach einem Banner Ausschau halten, um durch ihre Zugehörigkeit zu einer „großen Idee“ vor sich selbst und vor anderen bestehen zu können. Dafür ist der Kommunismus sehr geeignet. Alle ihre unterdrückten Entfaltungs- und Selbstbetätigungswünsche finden in ihm eine negative statt positive, aber immerhin eine Erfüllung. Es kann auch nicht gelehnet werden, daß jungen Menschen, die eine „große Idee“ suchen, im Westen vieles faul erscheinen muß.

Ich denke zum Beispiel an die „International Contemporary Art Exhibition“ die in diesem Jahr in Neu Delhi gezeigt wurde und an der sich die Maler von rund dreißig Nationen beteiligten. Sie bot eine traurige Selbstenthüllung der abendländischen Impotenz und Zerrissenheit und übte daher nicht die geringste Anziehungskraft aus. Kein Wunder, daß demgegenüber die künstlerisch banalen, aber Vitalität und (angebliches) Lebensglück ausstrahlenden Produkte des „sozialistischen Realis-

mus" der UdSSR mit ihren singenden Traktoristen und blühenden Stachanowistinnen eine starke Wirkung entfalten. Auf unzählige asiatische Intellektuelle trifft jener Satz zu, mit dem Arthur Köstler seinen Roman „The Age of Longing“ schließt: „Gottes Thron stand leer, und durch die Welt wehte ein kalter Zugwind, wie in einer leerstehenden Wohnung vor dem Einzug der neuen Mieter.“ – Auch die Produktion von Hollywood und verwandten westlichen Filmzentren hat, da sie in diesen Ländern nicht mit ihren besten, sondern ihren billigsten Erzeugnissen vertreten ist, alles andere als eine werbende Kraft. Wer sich aber erst einmal dem Dienst der „großen Idee“ verschrieben hat, der sinkt rasch zum Verschwörer, zum Hetzer, schließlich zum Agenten einer fremden Macht, und ist, ehe er es sich versieht, so verstrickt in diesem Netz, daß es für ihn daraus kein Entkommen mehr gibt.

EIN GESPRÄCH

In Pakistan hatte ich ein langes Gespräch mit einem der Hauptredakteure der am besten gemachten und einflußreichsten Zeitung des Landes. Er stand völlig auf der Moskauer Generallinie. Er selbst ist natürlich der Ansicht, daß er einen eigenen Standpunkt vertritt und nicht die Worte Moskaus wiederholt; es gab da auch einige Punkte, in denen sich seine Argumentation von der sowjetischen unterschied. Aber alles war so unklar, daß im Falle einer späteren Auseinandersetzung zwischen ihm und seinen Freunden einerseits, den Kommunisten andererseits, die Kommunisten durch die pure Logik ihrer Argumentation (von anderen „Beweismitteln“ ganz abgesehen) seine Gruppe im Handumdrehen zu Kerenskij's Pakistans machen würden.

Er pries z. B. die Schaffung Pakistans, gleichzeitig war er – wie von einem Linksinrektuellen nicht anders zu erwarten – säkular, wenn nicht atheistisch, jedenfalls alles andere als ein gläubiger Mohammedaner. Nun gibt es aber auf der weiten Welt keinen vernünftigen Grund für die Schaffung Pakistans und seine Lösung von Indien, wenn nicht den religiösen. Es ist schiere Inkonsequenz, gegen die alles überragende Bedeutung des Islam und für die Bildung und Weiterentwicklung Pakistans zu sein. Er versuchte, mir verschiedene Gründe für die Notwendigkeit der Existenz Pakistans zu nennen, aber sie waren alle völlig unüberzeugend, da er den Islam ausließ oder höchstens am Rande gelten ließ.

„Schließlich kann ich noch verstehen“, sagte ich, „daß Sie für die Bildung Westpakistans sind, weil hier wenigstens – zum Teil – eine gemeinsame Sprache, das Urgu, besteht. Aber ich kann überhaupt nicht verstehen, wieso Sie dafür sind, daß Ostbengalen und Westpakistan einen gemeinsamen Staat bilden sollen, obgleich sie fast 2000 Kilometer auseinanderliegen und weder eine gemeinsame Sprache, noch ein gemeinsames Territorium, sondern eben nur – eine gemeinsame Religion haben.“ Er erwiderte mit dem an den Haaren herbeigezogenen Argument, er sei für den Anschluß Ostbengalens und glaube, daß dies „auf immer“ so bleiben werde, weil die Mohammedaner Ostbengalens von den Hindus Ostbengalens ausgebeutet worden seien; man hätte dieser Ausbeutung nur dadurch ein Ende setzen können, daß man die Moslems von den Hindus trennte.

Der rote Faden, der durch alle seine Worte hindurchlief, war ein haßerfüllter Antiamerikanismus. Als ich einen Blick auf die erste Seite der neuen Ausgabe seiner Zeitung warf, sah ich: Großes Bild eines von US-Superfestungen zerstörten Hauses in Korea, Meldung dazu: 1100 Häuser bei diesem Angriff vernichtet, 257 Menschen tot und verletzt. – Bericht: Der gewaltige Anstieg der tschechischen Industrieproduktion hat Währungsreform und Preissenkung in Tschechoslowakei ermöglicht. – Bild eines nordkoreanischen Eisenbahnarbeiters mit seiner von US-Bomben getöteten Tochter im Arm. – Meldung aus Marokko: Schlacht zwischen Prostituierten in Meknes um die Gunst amerikanischer GI-Klienten; eine Tote, fünf Schwerverletzte. – Und so ging es weiter.

KUNST DES LEBENS

In den Ländern des Orients reicht die Schicht, die mit den Merkmalen der Intelligenzia behaftet ist, über die Intelligenzia im engeren Sinne des Wortes ein gutes Stück hinaus. Im Grunde umfaßt sie alle diejenigen, die lesen und schreiben gelernt haben. Sie alle erheben Ansprüche beruflicher Art, die dortzulande vielfach noch nicht befriedigt werden können, und sie alle sind einer intensiven sowjetischen Propaganda ausgesetzt. Die Buchhandlungen und vor allem die Lädchen der Straßenhändler, die auf dem Bürgersteig ihre Waren auf Brettern oder in Buden feilbieten, sind voll von Übersetzungen sowjetischer Autoren in ansprechenden und erstaunlich billigen Ausgaben. „Lenins Ausgewählte Werke“, ein Werk von 600 Seiten, ist für den Gegenwert von DM 1,50 zu haben. Eine Stalinbiographie für 50 Pfennig; allein in Indien ist sie in etwa einer halben Million Exemplaren verkauft worden.

Ein großer Teil dieser Bücher erscheint in einheimischen Verlagen. Beim Verlagsleiter taucht eines Tages ein Mann auf, der ihm vorschlägt, daß er ein Sowjetbuch – etwa einen Propagandaroman oder eine politische Schrift – in seinem Verlag herausbringt; der Gast bestellt bei dieser Gelegenheit praktisch die ganze Auflage für sich selbst und bezahlt prompt. Der Verleger ist hoch erfreut über dieses einträgliche und risikolose Geschäft und ist jederzeit gerne bereit, es zu wiederholen.

Im übrigen ist es für die kommunistische Propaganda gar nicht nötig, sich auf importierte Sowjetromane zu beschränken. Die Belletristik – insbesondere Indiens und Pakistans – hat eine ausgesprochene Tendenz nach ganz links, sie macht damit eine ähnliche Entwicklung durch wie in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg oder wie Amerika und Japan in den zwanziger Jahren.

Daß es auch Ansätze zu einem moskaufreien Sozialismus in Süd-asien gibt, zeigen Gestalten wie der Perser Maleki und der Inder Narayan.

Die Presseabteilungen der Sowjetbotschaften arbeiten mit großen Mitteln und richten zahlreiche Lesehallen ein. Die in Teheran zum Beispiel befindet sich in einem Eckhaus der Naderi-Straße, wo die Querstraße zum Haupteingang der Sowjetbotschaft abzweigt, also ganz im Zentrum der Stadt. Von der Straße tritt man direkt in den Raum. Ein Radioapparat ist auf Baku eingestellt, es werden gerade Nachrichten auf persisch durchgegeben. Eine Gruppe von Leuten steht nahe dem Gerät und hört zu. Die zahlreichen Stühle um einen Tisch, auf dem sowjetische Zeitungen und Zeitschriften liegen, sind alle besetzt. Die Leute lesen und zeigen sich gegenseitig Bilder. An einer Wand hängt ein Riesenporträt Stalins mit schwarzen Trauerschleifen, darunter steht eine Leninbüste. An den übrigen Wänden sind die üblichen Bilder von Staudämmen und strahlenden Koldiosbäuerinnen angebracht. Auf einem kleineren Tisch liegt die hektografierte Ausgabe der täglichen TASS-Nachrichten, ein Packen auf russisch, ein zweites auf persisch. – Ähnliche Einrichtungen finden sich in vielen Städten Asiens.

BEDEUTUNG DER RELIGION

Es ist höchst umstritten, ob der Islam wirklich ein Schutzwall gegen das Eindringen bolschewistischer Ideen ist. Behauptet wird es ständig, in Nordafrika nicht minder als in Pakistan oder Iran, aber es klingt nicht überzeugend. Eines jedoch ist sicher: die Behandlung der Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion, insbesondere der Mohammedaner, hat stark zu der antisowjetischen Einstellung der Länder des Islam beigetragen, auch unter solchen Mohammedanern, welche die Religion persönlich nicht allzu ernst nehmen. Den Satz „Die Sowjets haben kein Buch“ (das heißt weder den Koran, noch sonst eine der vom Islam anerkannten Offenbarungsschriften) habe ich immer wieder in diesem Zusammenhang gehört. Und ein zweites ist nicht minder sicher: die Sowjetwelt ist eifrig bemüht, diesen groben propagandistischen Fehler propagandistisch wieder auszugleichen; ein wesentlicher Teil ihrer Propaganda in den mohammedanischen Ländern ist darauf gerichtet, ein munteres und ungehemmtes Blühen des Islam in der Sowjetwelt nachzu-

weisen. Um ein Beispiel zu nennen: In dem Bulletin, das die Sowjetbotschaft in Teheran täglich in großer Zahl herausgibt und verteilt, las ich folgenden Bericht:

Die gläubigen Mohammedaner Zentralasiens und Kasachstans begingen feierlich die Urasa-Bairam-Feiertage. In allen Moscheen fanden am 14. und 15. Juni (Ende des Ramasan) aus diesem Grunde Gottesdienste statt. Allein in der Moschee von Taschkent Tilja-Scheich nahmen an dem Gottesdienst rund 6000 Menschen teil. In Zentralasien und Kasachstan sind gegenwärtig rund 100 Moscheen in Tätigkeit (deistwujut). Vor den Feiertagen wurden in vielen Moscheen Reparaturarbeiten durchgeführt, in einigen sogar umfangreiche Restaurationsarbeiten. So wurden zum Beispiel auf die Reparaturarbeiten der Moschee Schaini-Maslagadin in Leninabad 340 000 Rubel verwandt. In der ältesten Stadt Zentralasiens, Buchara, gibt es eine islamische Schule in den Räumen der uralten theologischen Schule (Medress) Mir Arab. In einem Gespräch mit dem Korrespondenten von TASS erklärte der Vorsitzende der geistlichen Verwaltung der Mohammedaner Zentralasiens und Kasachstans, der Mufti Ischan Babachan ibn-Abdul Madshit Chan: „Die gläubigen Mohammedaner des Sowjets-Ostens leben eine frohes und wohlhabendes Leben. Sie haben die volle Möglichkeit, ihren religiösen Kultus frei und ohne die geringste Beeinträchtigung zu erfüllen. Wir beten dafür, daß die Sowjetunion stets blühe, deren Völker in aller Welt für die heilige Sache des Friedens eintreten.“

Genau dasselbe läßt sich über China sagen, das ja eine mohammedanische Bevölkerung von 20 bis 25 Millionen hat. (Rotchina setzt die Zahl niedriger an.) Die Rotchinesen haben von den Fehlern der Sowjets gelernt; sie wissen, daß es nicht angeht, religiöse Fragen nur nach innenpolitischen Gesichtspunkten zu beurteilen. Wie sie tatsächlich ihre Moslems behandeln, ist zur Zeit schwer zu beurteilen, eines aber steht fest: sie bemühen sich, nach außen so zu tun, als ginge es den Mohammedanern in China besser denn je zuvor. Die Chinesen wissen natürlich, daß das für die Haltung der Mohammedaner in der Welt, also z. B. Pakistans, gegenüber Rotchina die Kardinalfrage ist; daher sind sie bestrebt, die pakistanische Presse entsprechend zu beeinflussen. Ein Chinese namens P. C. Yu veröffentlichte z. B. im Herbst 1952 eine Artikelserie im „Sind Observer“ (Karatschi), in dem sich Sätze finden wie dieser:

Die älteren Mohammedaner in unserem Lande erinnern sich aus ihrer eigenen Erfahrung, daß die Moslems von China erst seit der Befreiung durch die chinesische Armee solche Fürsorge und Freiheit genießen . . . Massaker waren die traditionelle Politik der reaktionären chinesischen Herrscher gegenüber den ‚Barbaren‘, zu denen sie alle Mohammedaner rechneten . . . In ihrer Verzweiflung fanden die Mohammedaner eine feste Unterstützung in den von der Kommunistischen Partei geleiteten befreiten Gebieten.“ (30. 9. 52)

Von Zeit zu Zeit schicken die Chinesen Moslemführer aus China in die mohammedanische Welt. So kam z. B. im August 1952 der Großscheich von China, Alhadsch Nur Mohammed Da Fuscheng, begleitet von sechs anderen Pilgern auf dem Wege nach Mekka durch Pakistan.

In seinem Interview betonte er, daß die Mohammedaner unter dem gegenwärtigen Regime weit besser daran sind als in den Kuomintang-Tagen, als sie oft verfolgt und diskriminiert wurden. Er sagte, daß für alle volle religiöse Freiheit bestehe und daß darüber hinaus der Staat den Menschen in dieser Beziehung helfe. Viele Moscheen seien auf Staatskosten repariert worden.

Die Mohammedaner würden unter dem neuen Regime auf der Basis voller Gleichberechtigung behandelt und die von ihnen bewohnten Gebiete rasch entwickelt. (Morning News, Karatschi, 22. 8. 52)

In der letzten Juliwoche 1952 war in Peking eine chinesisch-mohammedanische Organisation gegründet worden. An deren Spitze steht der Uigure Poerchan. Die Konferenz wurde von einem Iman Ta Fu Scheng präsiert. In seiner Eröffnungsrede kritisierte dieser die Nationalitätenpolitik früherer chinesischer Regime und pries die der Kommunisten. Dann berichteten die einzelnen Delegierten, wie sie früher verfolgt und gequält worden seien.

Sie alle drückten ihre wachsende Liebe aus für das chinesische Mutterland und ihr Vertrauen in eine große Zukunft, der sie Hand in Hand mit den anderen Nationalstaaten Chinas entgegengehen. (Pakistan Times 19. 8. 52)

Wenn die Sowjetwelt diese Bemühungen lange genug fortsetzt, werden sie ihren Eindruck nicht verfehlen. Zum mindesten geben sie den prosowjetischen Intellektuellen, die selbst religiös indifferent sind, die Möglichkeit, auf ihre religiös gestimmten Landsleute einzuwirken.

In diesem Sommer veröffentlichte die indische Regierung auf Grund der Volkszählung von 1951 Bevölkerungsziffern nach religiösen Bekenntnissen. Es ergab sich dabei folgendes Bild:

	in Mill.	in Prozent
Hindus	303,2	84,99
Mohammedaner	35,4	9,93
Christen	8,2	2,30
Sikhs	6,2	1,74
Jains	1,6	0,45
Buddhisten	0,2	0,26
Parsen	0,1	0,03
Verschiedene Stammesreligionen	1,7	0,47
Sonstige Religionen	0,1	0,03
Atheisten	0,01	—

Diese Ziffern geben nur eine quantitative Vorstellung. Die wirkliche Bedeutung der Religion in Indien, insbesondere bei der überwältigenden Masse der Hindus, ist für den Kurzbesucher schwer zu beurteilen. Vielleicht geht es auch gar nicht so sehr um Religion in unserem Sinne als um das stark auf das Metaphysische gerichtete Wesen des indischen Volks; das in Heiligen wie Gandhi seine ideale Verkörperung findet. In Indien lebt ein jahrtausendalter Instinkt für das, was die wirklichen Werte sind. Einer der bedeutendsten Männer des Landes, der 74jährige Ministerpräsident von Madras, Rajagopalachari, drückte dies — in einer politischen Rede — so aus:

Wenn für die indische Zukunft Hoffnungen bestehen sollen, dann müssen die moralischen Werte wiederhergestellt werden. Die moralischen Werte können wiederhergestellt werden, wenn wir die Wahrheit erkennen, daß die Zeit Ewigkeit ist und daß Gott und Güte die Wirklichkeiten darstellen, die unsere Lebensführung bestimmen müssen.

Die Zukunft Südasiens hängt davon ab, welche geistige Haltung sich auf die Dauer durchsetzt, diese oder die der Intelligenzia.

HERBERT VON BORCH

Friede in Asien?

Bei Abschluß dieses Beitrags lag noch keine endgültige Einigung über Zusammensetzung, Ort und Zeitpunkt der Korea-Konferenz vor, die nach den Bestimmungen des Waffenstillstandes spätestens am 28. Oktober hätte zusammentreten müssen. Der Termin wurde nicht eingehalten. Bisher konnten sich Vertreter beider Seiten nicht endgültig einigen, an welchem Ort und zu welcher Zeit die Konferenz stattfinden und welche Mächte an ihr teilnehmen sollen.

DIE VERHANDLUNGSLAGE AUF DER POLITISCHEN KOREAKONFERENZ

Die große Politische Konferenz über Korea, die nicht zufällig auf den suggestiveren Namen einer Friedenskonferenz verzichten muß, wird künftigen Historikern wie eine völkerrechtliche Inventur der Kräfte und Antriebe erscheinen, die um die Mitte des 20. Jahrhunderts Geschichte gestalten. Hier verwirren sich Linien, die aus den Bereichen des nationalstaatlichen Eigeninteresses, der kollektiven Sicherheit, des ideologischen Weltbürgerkrieges, aus soziologischen Revolutionen und strategischen Umwälzungen kommen, zum komplizierten Geflecht einer Verhandlungslage. Nur aus der historischen Distanz wird eine Entwirrung dieser Linien möglich sein. Noch ist allzu vieles im Fluß, und das spezifische Gewicht der Elemente, die um einen Ausgleich ringen, kann in keiner Weise endgültig ermessen werden. Eine vorläufige Bestandsaufnahme der Positionen und ihrer denkbaren Entwicklungen mag aber das Bild der kommenden Friedensverhandlungen klären helfen.

Wenn, wie H. v. Hentig¹⁾ glaubt, in unserer Zeit Geist und Technik des Friedensschlusses zu einer „verlorenen Kunst“ geworden sind, so ist allerdings kaum zu hoffen, daß in Asien der Friede gewonnen wird. Denn kaum jemals war größere Kunst nötig. Jedoch zeigen sich auch Ansätze zu einer Auffassung im Clausewitzschen Sinn, zu einer Abkehr vom Unbedingtheitsanspruch gegenüber dem Gegner, zum Einsatz politischer Mittel, wo die militärischen versagen. Auf der Korea-Sondersitzung der UN, die Prozedurfragen der kommenden Konferenz entschied, jedoch im Gewand der Prozedur substantielle Beschlüsse vorwegnahm, waren jene Ansätze stark spürbar, aber auch gegenteilige Tendenzen. Erst der Verlauf der politischen Konferenz selbst wird über das Kräfteverhältnis dieser Richtungen in der Weltpolitik Aufschluß geben können, Richtungen, die keineswegs parallel zu den Fronten des Ost-West-Konflikts verlaufen. Wir werden diesem Verlauf in den nächsten drei Monaten nicht mit dem kühlen Forscherinteresse einer späteren Geschichtsschreibung folgen können. Zuviel hängt – im Atomzeitalter – von den Regelungen ab, die die Mächte hier finden oder verfehlen werden, nicht nur der Friede in Asien, sondern vielleicht, auf weitere Sicht gesehen, die Möglichkeit geschichtlichen Seins auf diesem Planeten überhaupt, zumindest der Bestand der erreichten, durch Selbstzerstörung gefährdeten Zivilisationshöhe. Der „Ferne“ Osten ist uns sehr nahe gerückt: hier wird nun auch ein großer Teil unseres eignen Schicksals mitentschieden, ganz besonders des deutschen Schicksals.

Zum erstenmal im zwanzigsten Jahrhundert – früheren Zeiten war dies selbstverständliche staatsmännische Weisheit – ist in Korea von zwei kriegführenden Parteien mitten im Kampf eingehalten worden, um auf der Basis eines militärischen Unentschieden nach einer politischen Lösung zu suchen. Bedeutet dies wirklich die Absage an den Typ der Kreuzzüge, zu dem nach fast einem Jahrtausend die kriegerischen Auseinandersetzungen unserer Zeit zurückzukehren drohen? Jedenfalls ist es eine Abkehr von dem brutalisierenden Denken in den Alternativen des totalen Sieges oder der totalen Niederlage. Was aber gänzlich neu

an der bevorstehenden Konferenz ist und ohne Präzedenzfall in der Geschichte der Friedensschlüsse, die an das Schema von Sieger und Besiegtem gebunden sind, das ist der erstaunliche Versuch beider Seiten, die Kriegsziele, die sie auf dem Schlachtfeld nicht durchsetzen konnten, nun politisch weiterzuverfolgen. Nicht ein militärisch errungener, mit dem Waffenstillstand festgeronnener Zustand soll politisch fixiert werden, wie es der herkömmlichen Definition der Friedenskonferenzen entspricht; sondern beide Lager gehen in die Verhandlungen mit Forderungen hinein, die sie in der Scheidemünze des militärischen Erfolgs nicht bezahlen können. Diese Quadratur des Zirkels muß aller Wahrscheinlichkeit nach unlösbar bleiben, wenn die Konferenz sich auf die Kriegsteilnehmer und die unmittelbaren koreanischen Probleme beschränkt, wie es, zumindest für das erste Verhandlungsstadium, von den UN beschlossen wurde. Nur ein „Waffenstillstand im Schafskleide“ (Hentig) kann hieraus hervorgehen, eine höchst prekäre Bestätigung des militärischen Status quo und damit der Spaltung Koreas. Ein so unsicherer Gleichgewichtszustand würde das Ergebnis sein, daß jederzeit mit neuen kriegerischen Entladungen gerechnet werden müßte. Offenbar in der Einsicht, daß eine traditionelle „Friedenskonferenz“ kein anderes Resultat als eben dieses ergeben könnte, hatten die Befehlshaber im Felde ihren Regierungen die Abhaltung einer „Politischen Konferenz“ empfohlen²⁾. In diesem Begriff liegt schon die vorweggenommene Möglichkeit des Scheiterns, während bei völkerrechtlich eindeutigen Friedenskonferenzen der Kriegsausgang den Vertrag bestimmt, mit dem der Friede etabliert wird. Andererseits aber, und so faßten es die Engländer auf, enthielt dieser Begriff die Chance, durch Erweiterung der Teilnehmerzahl und der Themen die Skala der Zugeständnisse und Tauschobjekte so zu vermehren, daß der festgeronnene militärische Zustand politisch überwunden wird.

Es war daher von so großer Bedeutung, welcher Charakter der Politischen Konferenz durch die Vereinten Nationen gegeben werden würde. Schon diese Sondersession der Vollversammlung, eine Art von Vorkonferenz, bei der einige der Hauptakteure fehlten, aber um so mehr Nebenakteure zugegen waren, wirkte, gemessen an überlieferten völkerrechtlichen Kategorien, als Anomalie. Die Körperschaft der UNO trat hierbei abwechselnd als kriegsführende Allianz und als überparteiliches Weltforum auf. Diese paradoxe Verbindung sich ausschließender Eigenschaften folgte notwendig aus der Sonderart des Koreakrieges; durch ihn waren im Juni 1950 die Vereinten Nationen auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses zu einer antikommunistischen Koalition geworden, von der 16 Mitgliedstaaten zur bewaffneten Kriegführung übergingen, während gleichzeitig die überstimmte Minderheit der kommunistischen Staaten, vor allem die Sowjetunion, in der UNO verblieb und auf diese Weise ihr den Charakter der weltumfassenden Organisation erhielt. Der sonderbare „Stellvertreterkrieg“, den der Ostblock in Asien führte, sicherte diesem innerhalb der UN eine gewisse Immunität

DER HISTORISCHE RANG DER REVOLUTION CHINAS

Danach wurde die Verstrickung nur noch größer. Amerikanische Transportflugzeuge flogen die Truppen Chiang Kai-sheks in die Gebiete, wo japanische Truppen kapitulierten. Da der innerchinesische Bürgerkrieg aber, kaum daß das Ende des nationalen Krieges gegen Japan gekommen war, im großen Maßstab wieder aufgeflammt war, bedeutete dies einen Eingriff in den inneren Kampf Chinas, obwohl es sich zunächst nur um eine militärische Maßnahme im Rahmen des Kriegs-

bündnisses mit der legalen Regierung handelte. Die Vermittlungsmission General Marshalls, die versuchte, das Nationalregime und die von Stalin nur lau unterstützten chinesischen Kommunisten in einer Koalitionsregierung zusammenzubringen, war als überparteiliche Schiedsrichterfunktion gedacht, statt dessen verwickelte sie Amerika nur noch mehr in die chinesischen Affären. Die Mission schlug trotz erzielter Vereinbarungen schließlich fehl, wie man heute annehmen kann, infolge nationalchinesischer Obstruktion, und hinterließ dem ehrlichen, aber unerwünschten Makler die Antipathie beider Seiten. Die dann endgültig zur Macht gekommene Bürgerkriegspartei steigerte den Antiamerikanismus zu haßerfüllter Maßlosigkeit, als sei eben dies die zwangsläufige Außenpolitik der chinesischen Variante des Marxismus-Leninismus. Es ist gewiß nicht unbegreiflich, daß sich die Amerikaner, die zurückgestoßenen besten Freunde Chinas, aus tiefster Überzeugung, die dem Gebot der Selbstachtung entspringt, weigern, diese antiamerikanische Regierung par excellence, dieses kommunistische Regime, das von Peking aus die Millionenmassen des großen Reiches zu Hassern Amerikas umerzieht, als die wirklichen Repräsentanten der chinesischen Nation anzuerkennen. Hier ist tatsächlich, wie Eisenhower ja auch wieder bestätigt hat, die technisch-diplomatische Anerkennung von der moralischen nicht zu trennen. Nach allem, was geschehen ist, stehen letzterer heftige Emotionen entgegen, keineswegs nur bei der China-Lobby des Senats und den „Asia firsters“ in der republikanischen Partei und in einflußreichen Militärkreisen. Wohl aber trägt die Deutung der vergangenen Chinapolitik durch diese Gruppen, die in Freda Utley („The China Story“³⁾ ihre Historikerin gefunden haben, einen großen Anteil an der Schuld für die offenbare Ausweglosigkeit der Lage. Denn diese Deutung ist rein polemisch im inneramerikanischen Sinn, und wird dem Phänomen der chinesischen Revolution nicht gerecht. So lange diese Version des „Verlustes“ Chinas in Amerika vorherrscht, und das tut sie weitgehend, so lange wird es kaum zu einer Verständigung größeren Stils in Asien kommen können. Auch die Politische Konferenz wird unter ihr leiden.

Jene Deutung besagt, daß der Sieg der kommunistischen Kräfte in China ein rein militärisches Ereignis gewesen sei, verursacht einerseits durch die indirekte Hilfe Sowjetrußlands (Überlassung der japanischen Waffen in der Mandchurei an die Armeen Maos), andererseits durch die mangelnde Unterstützung der Nationalarmee Chiang Kai-sheks durch die Vereinigten Staaten während der entscheidenden Krise. Dieses Fallenlassen des chinesischen Marschalls wiederum erkläre sich durch die Einflüsse einer Gruppe amerikanischer Diplomaten, Fernostexperten und Journalisten, die entweder kommunistische Agenten oder vom Kommunismus getäuschte „Liberale“ gewesen seien. So zutreffend dies alles in Einzelheiten sein mag, und manches spricht dafür, so ist es als historische Einsicht in das Geschehen doch gänzlich verfehlt. Das Chiang-Kai-shek-Regime brach von innen her auseinander, wofür allein schon die Massendesertionen ein Beweis sind. Die Ursachenreihen von Korruption, Verwaltungsunfähigkeit, personellen Rivalitäten sind bekannt. Um die geschichtliche Umwälzung, durch die China gehen muß, durch auswärtigen Eingriff aufzuhalten oder abzuändern, hätte es Kräfte bedurft, die sogar die einer Großmacht wie Amerika übersteigen. Nur die Erkenntnis, daß die Revolution des Maoismus vom gleichen historischen Rang wie die große französische und russische Revolution ist, kann schließlich den Gefühlskomplex der fehlgeschlagenen Asienpolitik Amerikas auflockern und damit die Voraussetzungen schaffen, ohne die auch das Einzelproblem Korea kaum lösbar erscheint.

DER WEG NACH PARIS ÜBER PEKING

Denn als die Chinesen eingriffen, nachdem Mac-Arthur bis zur mandchurischen Grenze vorgestoßen war, wurde aus dem koreanischen Krieg der amerikanisch-chinesische Krieg, so bitter hatte sich das ursprüngliche Verhältnis dieser beiden großen Völker gewandelt. Etwas von der Verwunderung über so viel Sinnlosigkeit schwingt in dem Wort General Bradleys mit, es handelte sich um den falschen Krieg am falschen Ort gegen den falschen Feind. Und doch wurde die Polizeiaktion der UNO erst mit der chinesischen Intervention für die Ver-

einigten Staaten zum nationalen Krieg. Die schweren Rückschläge, die zunächst das Auftreten der Massenheere Maos für die amerikanischen Streitkräfte im Gefolge hatten, machten neue Einberufungen nötig. Die Kämpfe auf der fernen asiatischen Halbinsel warfen nun jahrelang ihren Schatten auf das Leben jedes Amerikaners. Gefallenen- und Vermisstenlisten, und die erst jetzt im ganzen Ausmaß bekannt gewordene barbarische Behandlung der Gefangenen, haben ein Gefühlsklima geschaffen, das den amerikanischen Unterhändlern Zugeständnisse nicht leicht machen wird. (Tagelang brachte die Presse Photos von weinenden Angehörigen beim Anblick von Heimkehrern aus den Lagern Nordkoreas.) Man beklagt sich in den USA, daß die Verbündeten kein Verständnis hätten für die Tiefe der Empfindungen, die dieser Krieg im amerikanischen Volk aufgewühlt habe. Die Statistik sagt hierüber einiges aus: Amerikas Gefallene zusammen mit den Vermissten, die als tot gelten müssen, betragen 32 000. Das sind zwar nur ein Zehntel der Gefallenen des zweiten Weltkrieges, aber die Zahl rückt doch näher an jene Verluste heran, wenn man nur den Pazifik betrachtet, wo Landstreitkräfte der USA im Krieg gegen Japan 50 000 Mann verloren. Die Todesrate der amerikanischen Streitkräfte während des Korea-Krieges betrug 3,5 pro 1000 im Jahr gegenüber 8,9 im Weltkrieg. Rechnet man aber nicht den Durchschnitt für die drei Koreajahre, sondern für die Zeit der schwersten Kämpfe nach dem chinesischen Eingreifen, so beträgt die Todesrate 7,9 und wenn man nur die Truppen in Übersee, also die wirklich eingesetzten, als Grundlage nimmt, beträgt sie 10,9. Nur sieben Monate kürzer dauerte der Koreakrieg für Amerika (insgesamt 37 Monate) als seine Beteiligung am zweiten Weltkrieg. In dieser Zeit haben sich naturgemäß kriegsbedingte Wandlungen in den Vereinigten Staaten vollzogen, unter denen für unsere Frage am wichtigsten die Machtzunahme der China-Lobby im Senat ist. Ihr stärkster Exponent, der republikanische Senator Knowland, bekannt als „Senator von Formosa“, so vorbehaltlos bewundert er Chiang Kai-shek, ist mit dem Tode von Taft Mehrheitsführer des Senats geworden, eine Position von größtem Einfluß. Er ist Anhänger General MacArthurs, und hatte sich stets eindeutig gegen den „begrenzten“ Krieg ausgesprochen. Er liebt es, Lenins Ausspruch zu zitieren, daß „der Weg nach Paris über Peking führt“; sein Gegenargument ist eine „dynamische“ Asienpolitik Amerikas. Der Mann, der im Jahre 1953 103 Male im Senat das Wort ergriff, um eine Stärkung Formosas zu verlangen, wird schwer zu bewegen sein, einer Verständigung mit Mao Tse-tung zuzustimmen. Er hat sich jetzt auf eine Fernostreise begeben.

Die von Knowland verkörperte Richtung hat einen mächtigen Verbündeten in dem neuen Chef des vereinigten Generalstabs, Admiral Arthur W. Radford. Dieser höchste amerikanische Offizier war in Europa praktisch unbekannt, dagegen wundert man sich in Asien, „wo immer man hinkommt, von Saigon und Hongkong bis Tokio“, wie James Reston berichtet, über seine offenherzig ausgesprochenen Ansichten und fragt sich, ob seine Ernennung bedeute, daß seine Ansichten auch Eisenhowers seien. Admiral Radford, der mehrere Pazifikkommandos in den letzten Jahren inne hatte, machte kein Geheimnis daraus, daß er die Sicherheit der USA niemals gewährleistet sehen kann, solange die Kommunisten in China an der Macht sind. Er hält nicht viel von der Defensive. Für ihn sind Südkorea, Formosa, Indochina „Brückenköpfe“ gegen die Kommunisten Chinas. Sein Mindestprogramm ist der beschleunigte Ausbau der amerikanischen Stützpunktkette rund um den asiatischen Kontinent, mit dem Schwergewicht in Okinawa, Formosa und Cubi Point, der riesenhaften Flugzeugträgerbasis nördlich von Bataan auf den Philippinen. Die „Radford-Linie“ heißt nicht Engagement Amerikas mit eigenen Streitkräften auf dem Festland; aber sie bedeutet eine Strategie der ständigen Beunruhigung der chinesischen Kommunisten von der Peripherie her, vor allem durch Stärkung der antikommunistischen Asiaten, also Chiang Kai-sheks, Syngman Rhees, Bao Dais. Eine Politik des Ausgleichs gegenüber Peking ist hiermit unvereinbar.

Diesen amerikanischen Tendenzen steht aber als Gegenwirkung das Versprechen gegenüber, das der Präsidentschaftskandidat Eisenhower den Wählern gegeben hatte, die Männer aus Korea zurückzubringen. Den ersten Teil dieses Versprechens, das wie sonst kein anderes Motiv seine Wahl gesichert hat, ist mit dem Waffenstillstand eingelöst; aber dieser

Waffenstillstand ist noch weniger als sonst schon der Friede. Solange es nicht zum politischen Friedensschluß kommt, können die Truppen nicht aus Korea zurückgezogen werden. Alle Möglichkeiten, auch die extreme des Übergangs des bisher begrenzten in einen unbegrenzten Krieg, bleiben offen. Daher wird Eisenhower, um sein Versprechen ganz zu erfüllen, in seiner Haltung auf der Koreakonferenz (oder einer anschließenden gesamtasiatischen) über Widerstände hinweggehen müssen, die mit den Namen Knowland, Radford, Chiang Kai-shek, Syngman Rhee, ja vielleicht seines eignen Außenministers umschrieben sind. Es wird die schwierigste Aufgabe seiner Präsidentschaft sein.

DAS CHINESISCHE SICHERHEITSBEDURFNIS

Versucht man die Verhandlungslage auf der Koreakonferenz von der anderen, der asiatisch-kommunistischen Seite zu sehen, so ist die Geburt einer neuen bedeutenden Militärmacht hier die grundlegende Tatsache. Die Chinesische Volksrepublik, deren mit schweren Waffen wenn auch nicht eigener Konstruktion ausgerüstete Millionennarmee von der größten Militärmacht des Westens nicht besiegt werden konnte, geht mit äußerst gestärktem Selbstbewußtsein aus der koreanischen Feuerprobe hervor. Jedoch kann dies politisch paradoxe Wirkungen haben. Zunächst wäre denkbar, daß sich das neue Selbstbewußtsein auch gegenüber dem sowjetischen Verbündeten äußert, wofür nach dem Tod Stalins günstige Vorbedingungen bestehen, wenn auch die rüstungsindustrielle Abhängigkeit vorerst den Spielraum einschränkt. Ausschlaggebend für die Verhandlungen mit dem Westen kann werden, daß die chinesische Revolution nach der militärischen Selbstbehauptung nun in ein konservatives Stadium, soweit die Außenpolitik betroffen ist, eintritt. Das Sicherheitsbedürfnis der chinesischen Großmacht wird sich, woran kaum zu zweifeln ist, als Konstante kommender Verhandlungen erweisen. Die Einzelpunkte — Formosa, UNO-Sitz, Handelsembargo, Korea, Indochina, und der Vertrag mit Japan — sehen im Licht einer rational berechenbaren Sicherheitspolitik anders aus, als wenn man dem Maoismus leninistische Weltrevolutionspläne unterstellt, für deren Vorhandensein nirgends ein Anhaltspunkt besteht. Denn auch die Intervention in Korea, die China erst eigentlich zur Großmacht emporgeführt hat, erfolgte erst, als ihm seine nationale Sicherheit durch die von den UN gebilligte Offensive MacArthurs an den Yalu bedroht erschien.

Das freundschaftliche Verhältnis zwischen Peking und Delhi erklärt sich dadurch, daß Mao Tse-tungs Politik für Asien so sehr viel mehr nationalistisch als kommunistisch ist. Die Beseitigung strategischer Positionen nicht asiatischer Mächte ist das vornehmliche Ziel dieser Sicherheitspolitik. Das kommunistische Parteiinteresse kommt an zweiter Stelle; es wäre durchaus vorstellbar, daß China den Abzug fremder Truppen und die Auflösung fremder Militärstützpunkte als ausreichende Gegenleistung für das Zugeständnis von Koalitionsregierungen in Korea und Indochina betrachtet, in denen die kommunistischen Parteien nicht die Mehrheit zu haben brauchen. Der Sitz in der UNO dagegen wird in Peking als ein-Recht betrachtet, das ihm grundlos vorenthalten wurde, und das daher kein Tauschobjekt, kein diplomatisches *quid pro quo* ist. Das gleiche gilt für Formosa.

Um zu verstehen, welche Bedeutung die Errichtung eines Exilstaates der Kuomintang auf Formosa für die herrschende Regierung des Festlands hat, kann sich der Leser der Hilfsvorstellung bedienen, daß sich die Reste eines zusammengebrochenen deutschen Regimes auf Helgoland festsetzen, dort Waffen und Geld aus auswärtigen Quellen erhalten und von einer fremden Flotte geschützt werden. China betrachtet die Insel Formosa als ein bisher von der Revolution ausgespartes Restgebiet, als einen völkerrechtlich zum Festland gehörenden Teil, der nicht losgetrennt werden darf. Pläne, die Insel unter Treuhandschaft der Vereinten Nationen zu stellen, sie also China gegenüber zu verselbständigen, können nicht auf formelle Zustimmung Pekings rechnen. Da aber nur auf diesem Wege, wenn überhaupt eine Regelung der Vertretung der zwei China in der UNO gefunden werden könnte, würde Mao Tse-tung vielleicht eine solche Lösung stillschweigend hinnehmen. Die Chinesen denken, wie man weiß, in Jahrhunderten. Eine

ausweglose Lage würde aber entstehen, wenn Washington mit Chiang Kai-shek einen Beistandspakt wie mit Syngman Rhee abschliesse. Ein solcher Akt würde die Verhandlungsaussichten der Koreakonferenz auf den Nullpunkt bringen.

DER KLEINE POTENTAT IN ASIEN

Der Beistandspakt mit Südkorea, der von Syngman Rhee als Rückendeckung auch für gewagte Abenteuer gewertet werden kann, schränkt bekanntlich die Handlungsfreiheit der Amerikaner auf der Konferenz bedenklich ein. Er stellt für die USA einen Bruch mit ihrer außenpolitischen Tradition dar. Zum ersten Male haben sie sich zum aktiven Eingreifen in Angelegenheiten des asiatischen Festlands verpflichtet, ohne die Umstände dieses Eingreifens selbst bestimmen zu können. Die „Washington Post“ verglich dieses Hilfsversprechen, kurz bevor Außenminister Dulles unter vielsagenden Freudenkundgebungen der Südkoreaner seine Unterschrift unter den Pakt setzte, mit der britischen Garantie an Polen von 1939. „Syngman Rhee eine Garantie zu geben, würde bedeuten, unser Volk und unsere Hilfsquellen einem kleinen Potentaten in Asien auszuliefern, der bewiesen hat, daß man ihm nicht trauen kann.“ Aber dieser Potentat, der zugleich ein unbezweifelbarer Patriot ist, hätte mit seinen gutausgerüsteten 20 Divisionen das Zustandekommen des Waffenstillstands und damit die Erfüllung der Eisenhower'schen Wahlversprechens verhindern können. Und doch hat er sich mit dem Garantieversprechen nur eine Art Stillhalteabkommen abkaufen lassen. Die Zusage der USA an Syngman Rhee, nach 90 Tagen die Politische Konferenz, wenn sie erfolglos bleibt, zu verlassen, ist deshalb so beunruhigend, weil die südkoreanische Regierung in ihrer bisherigen Zusammensetzung an einem positiven Ergebnis der Konferenz gar kein Interesse haben kann. An diesem Punkt findet auch die Parallele zwischen dem gesamt-koreanischen und dem gesamtdeutschen Problem ihre Grenze. Denn Syngman Rhee kann niemals hoffen, auf dem Wege über freie Wahlen ein vereinigtes Korea zu regieren. Zwar würden solche Wahlen eine antikommunistische Mehrheit ergeben, aber niemals eine Mehrheit für ihn. Die Forderung der friedlichen Einigung Koreas, mit der die UNO-Seite in die politischen Verhandlungen geht, ist nicht unerreichbar; aber sie ist unerreichbar für das Regime Syngman Rhee.

Erst der Konferenzverlauf wird zeigen, ob der südkoreanischen Hypothek eine nordkoreanische entspricht, die auf der Verhandlungsposition Moskaus lastet. Korea war jahrhundertlang China untertan, aber jene nordkoreanischen Divisionen, die die Amerikaner gleich nach der Invasion bis zur Südspitze der Halbinsel zurückwarfen, waren von den Russen in Turkestan ausgebildet worden. Kim Ir-sen, der nordkoreanische Ministerpräsident, tritt Rußland mit ähnlichen Forderungen gegenüber, wie Syngman Rhee Amerika — ein gefährlicher Mechanismus der automatischen Allianzen ist hier in Sicht.

Und wenn die Konferenz scheitert? Nur Syngman Rhee hat für sein Land erklärt, daß es in diesem Fall „nordwärts marschieren“ würde. Die fragwürdige Drohung der 16 Mitgliedstaaten, im Fall eines Bruchs des Waffenstillstands Kriegshandlungen gegen chinesisches Gebiet zu eröffnen, gilt, wie Churchill klargemacht hat, nur für einen unprovokierten Bruch des Waffenstillstands durch die Kommunisten, kann also nicht von Syngman Rhee mißbraucht werden. Sie bedeutet ja auch nicht etwa, daß wieder die Waffen sprechen, wenn die politischen Ziele der Konferenz nicht erreicht werden. Aber man sieht kaum, wie es an anderen Fronten des kalten Krieges zu Lösungen kommen soll, wenn die Staatsmänner hier versagen.

Anmerkungen:

- 1: In seinem Buch „Der Friedensschluß“ (1952).
- 2: Der juristische Ansatzpunkt für die Politische Koreakonferenz ist mit Art. IV, Paragraph 60 Waffenstillstandes vom 27. 7. 1953 gegeben, der lautet: „Um eine friedliche Regelung der koreanischen Frage zu sichern, empfehlen die militärischen Befehlshaber beider Seiten den Regierungen der auf beiden Seiten betroffenen Länder, daß drei Monate nachdem der Waffenstillstand unterzeichnet und in Kraft getreten ist eine politische Konferenz auf höherer Ebene beider Seiten durch entsprechend ernannte Vertreter abgehalten werden möge, um durch Verhandlungen die Frage der Zurückziehung aller ausländischen Streitkräfte aus Korea, die friedliche Lösung der koreanischen Frage etc. zu regeln.“
- 3: Chicago, Henry Regnery Company, 1951.